INTERIM

auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2 DM

DAS EINE



UND

DAS ANDERE

Nr. 207 17. September 1992

VORWORT

Guten Tag, liebe Leute,

Zuerst ein paar Infos:
- Für die Demo am 3.10. in Schwerin hat die PDS einen Sonderzug gemietet; Abfahrt 3.10., Bahnhof Lichtenberg, Treffpunkt 6 Uhr; 40 DM für Arbeitslose und RentnerInnen / 30 DM für SchülerInnen.
- Flugblätter und Plakate für die Hoyerswerda-Demo am 26.9. gibt es im EX.
- Gegen die RAZZ bzw. die Frau, die die Postadresse zur Verfügung gestellt hat, Katherina Stock, läuft ein 129a Verfahren. Zwei leute aus Hannover erhielten Vorladungen zur Generalstaatsanwaltschaft in Celle.
Es gibt eine Sondernummer der RAZZ mit den kriminalisierten Texten.
Solidarische Grüße nach Hannover!
- Liebe Leute vom Infoladen Omega, wir sind uns nicht sicher, ob Eure Infos zum Prozeßende in Eberswalde stimmen; wir haben in der Presse unterschiedliche Informationen über die Länge der Haftstrafen der Faschos mitbekommen. Vielleicht können das andere klären.
- Zwei Texte konnten wir nicht veröffentlichen, weil die Vorlagen zu schlecht sind: Den Text zu 500 Jahre Widerstand, übersetzt von Hägar, konnten wir beim besten Willen nicht korrigieren. Mach' das doch bitte selber.
Ebenso das Flugblatt und das Photo von dem Fascho in der Pfarrstr.
Wir geben aber die Infos weiter: Name des Faschos: Karsten Sandow, 25 J., 1,75-1,80 groß, momentan rote Glatze; Faschoname: Clepto. (Das Flugblatt ist im Ordner, erst einmal.) Es wäre wichtig, wenn Ihr uns ein Flugblatt mit g u t e r Qualität (Nicht vollkommen grau) schicken würdet.
Macht doch alle bessere Vorlagen!
- In dieser Ausgabe sind unser Schwerpunkt Texte von Frauen zu Feminismus und Internationalismus. Der Text von Ingrid Strobl ist aus dem Buch von PIZZA; "Odreanol. Die Linke zwischen den Welten".

Wohl bekomm's. Oder auch nicht.



Ordner:

Interview mit ARGK
DGB gegen Rassismus
500 Jahre Widerstand..
Strahlenopferkonferenz
Fascho-Steckbrief Lichtenberg
Rote Flora Infos
Biebelsheim-Antifa
Krieg in Jugoslawien(BP)
Krieg in Jugoslawien(Komitee gegen imperialistischen Krieg)
ein paar gedanken...
12.9 Antifatag....(BP)
Bettenmeile (Flugiwechsel)
(Erfahrungen im Mietkampf 92....)

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Inhalt:

Vertriebsbedingungen:
Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.
Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch
Infoläden und -cafés außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.
Buchläden und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.
Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.
Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.
Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?
Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25, im Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99 und im Infoladen Daneben, Rigaer Str. 84 und sind dort allgemein zugänglich.
Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.
Es gilt Anzeigenliste Nr. 3 vom 1. Mai 1989.

Wie sich Skinheads und Bürokraten ergänzen

Berliner Asylantragsstelle nach Hohenschönhausen ?

Der Innensenat will Anfang Oktober die 'Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber' (kurz ZAST) und die Verteilungsstelle für Asylsuchende nach Hohenschönhausen verlegen.

Die Rostocker Pogrome wurden noch durch Untätigkeit der Asylbehörden ausgelöst, als sie neu ankommende Flüchtlinge zwangen, vor dem Heim in Lichtenhagen zu kampieren. Die Berliner Progrome werden jetzt offenbar nach dem Motto vorbereitet: Wenn die Schläger sich nicht hertrauen, dann müssen wir eben mit unseren Dienststellen zu ihnen.

In Hohenschönhausen organisieren sich Neonazis in der 'Nationalen Front' und versuchten bereits, Flüchtlingsheime in Brand zu stecken. Im angrenzenden Marzahn wurde im April Nguyen Van Tu auf offener Straße erstochen, ohne daß irgend jemand eingriff.

Die Anlaufstelle soll auf einem ehemaligen STASI-Gelände eingerichtet werden, einem *"Provisorium allerschlimmster Art"* - das gibt selbst *Ulrich von Chamier*, der Leiter der 'Ausländerbehörde' zu. Angeblich für nur sieben Monate. Angesichts der unhaltbaren Zustände auf dem Gelände erschien es offenbar selbst dem Innensenat zu dreist, eine dauernde Nutzung vorzuschlagen: Es gibt keine sanitären Anlagen und keine Fluchtwege, eine Nutzung würde gegen jegliche Brandschutzvorschriften verstoßen. *"Die Behördenleitung weiß, daß damit gegen bestehende Vorschriften ... verstoßen wird"* - so wurde eine Sprecherin der Gewerkschaft der Polizei zitiert. Aber die 'Ausländerbehörde' beabsichtigt ja auch gar nicht, einen auch nur erträglichen Behördenbetrieb einzurichten: Ein Warteraum etwa, *"wirkt nur wie ein Magnet und wird zum Konfliktpunkt"* äußerte *v. Chamier* und dachte wohl: *"Außerdem illustriert eine lange Warteschlange in der Kälte ja auch die Ausländerschwemme besser..."*

Erwünschte Ausländer/nnen aus reichen Industriestaaten werden auch weiterhin im Westteil der Stadt bedient, für diejenigen, die als *"Asylanten"* diffamiert werden, wird auf kaltem Verwaltungswege ein Spießrutenlauf zur Abgabe des Asylantrags vorbereitet:

Die gute Verkehrsverbindung (von der Senatssprecher *Heußen* redet): Mehrmaliges Umsteigen, ein längerer Fußmarsch durch ein Gebiet, in dem die Flüchtlinge mit Sicherheit rassistischen Angriffen ausgesetzt sein werden. Etwa 1½ Stunden werden die Flüchtlinge (vom Zentrum aus) benötigen, um zur geplanten *ZAST* zu gelangen - wenn sie sich überhaupt trauen und dann noch dort hin finden.

Der Weg zur Anlaufstelle soll durch mehr Sicherheitspersonal geschützt werden. Doch die Art, wie etwa der Bundesgrenzschutzes seit Wochen die *ZAST* in *Eisenhüttenstadt* 'schützt', zeigt, daß es dabei um alles mögliche geht, aber nicht um das Wohlergehen der Flüchtlinge: Sie werden am Zugang gehindert und damit daran, ihren Asylantrag zu stellen. Das Lager weckt durch einen Stacheldrahtverhau inzwischen übelste Erinnerungen. Attacken von Neofaschisten hat der BGS hingegen nicht verhindert. Aber Berliner Polizei soll Flüchtlingen ohne gültige Papiere Geleitschutz quer durch die Stadt gewähren, um eben diese zu erlangen?

Begründet wird die Verlegung mit unhaltbaren Zuständen in Moabit. Aber: Auch am Friedrich-Krause-Ufer in Moabit werden weiterhin bis zu 1300 Immigrantinnen und Immigranten, die sich außerhalb des Asylverfahrens befinden, täglich anstehen müssen, um die repressiven Auflagen des 'Ausländergesetzes' zu erfüllen.

Plausibel werden diese scheinbar neutralen, konzeptlosen Verwaltungsakte erst wieder als *flankierende verwaltungstechnische Maßnahmen* einer rassistischen Kampagne, die sich 'Asyldebatte' nennt. Das 'Asylproblem' ist gemacht. Gemacht, weil eine Debatte der realen Probleme einige reaktionäre Politiker um die Macht brächte. Die Warteschlangen vor den 'Ausländerbehörden' sind gemacht. Gemacht, um den Medien die passenden Bilder zu liefern, Pogromstimmung zu provozieren, um Flüchtlinge zu schikanieren und abzuschrecken.

Keine Verlegung der Zentralen Aufnahmestelle für Flüchtlinge nach Hohenschönhausen !

Schluß mit der rassistischen Asyldebatte !

Für menschenwürdige Aufnahme von Flüchtlingen und Immigrant/nnen !

ACHTET AUF TERMINE !!!

Aktionsbündnis gegen Abschiebungen / 13.9.92

Presse-Erklärung des Antirassistischen Aktionsbündnisses, Berlin
8. September 1992

Pogrom-Stimmung in Deutschland

Spätestens seit der Nacht vom 24. August 1992 ist offensichtlich: in der Bundesrepublik Deutschland können Menschen unter den Augen der Öffentlichkeit gejagd werden, es können Anschläge auf ihre Sicherheit und ihr Leben verübt werden und die deutsche Öffentlichkeit sucht immer noch nach verständnisvollen Erklärungsmustern für die Täter.

Erinnern wir uns an die Ereignisse im sächsischen Hoyerswerda vor knapp einem Jahr. Damals gelang es jugendlichen Rechtsradikalen unter lautstarkem Applaus der Bevölkerung nächtelang das dortige Flüchtlingsheim anzugreifen. Der politisch verantwortliche Landrat Schmitz äußerte nach der wiederholt stattgefundenen kriminellen Menschenjagd Verständnis für die Täter. Die Flüchtlinge, die zu laut, dreckig und faul seien, erklärte er zu den Schuldigen. Laute Empörung über die Pogrom-Stimmung in Hoyerswerda hörte mensch in Deutschland anschließend von vielen Seiten, schließlich ist der Mob doch etwas zu weit gegangen und solche menschenverachtenden Aktionen störten doch das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland. Konkrete Unterstützung für die Flüchtlinge zu leisten, für deren menschenwürdige Behandlung und Unterbringung, für ein Bleiberecht und Recht auf Wahl des Aufenthaltsortes und vor allem für ihre Sicherheit zu kämpfen waren jedoch nur noch wenige bereit. Die wenigen Antirassismus- und Flüchtlings-UnterstützerInnengruppen stießen selbst bei humanistisch orientierten Gruppen gegen Betonwände, wenn es um konkrete politische Forderungen der Flüchtlinge und deren Status und Rechte hier in diesem Land ging. Die Ereignisse von Hoyerswerda veranlaßte die Bundesregierung nicht etwa, sich schützend auf die Seite der Angegriffenen zu stellen, im Gegenteil. Sie mobilisierte auf allen Ebenen für die von Abschaffung des Paragraphen 16, der die Gewährung von Asyl in unserem Land garantiert.

Die Asyldebatte der Bundesregierung und die unerträgliche Spaltung in "Wirtschaftsflüchtlinge" und "wirklich politisch Verfolgte" schaffte es, die öffentliche Meinung zu beherrschen und damit den geistigen Boden für Pogrome vorzubereiten.

Es verging kaum eine Woche, in der nicht von Regierungspolitikern Flüchtlinge öffentlich diffamiert wurden, in der nicht die verheerenden Zustände in den von den politisch Verantwortlichen geschaffenen Flüchtlingslagern angeklagt wurden - immer mit dem gleichen Tenor: die Flüchtlinge müssen weg. Egal, ob Politiker davon reden, daß mehr Asylbewerber gleich mehr Kriminalität bedeuten oder ob sie - wie in Rostock - Flüchtlinge bewußt vor überfüllten Aufnahmestellen lagern lassen. Wer einerseits gesetzlich den Flüchtlingen die Arbeitsaufnahme verbietet und dann aber, wie CDU/CSU Fraktionschef Wolfgang Schäuble fragt: "*Wieso eigentlich wollen wir von unsren Mitbürgern verlangen, daß sie ertragen und verstehen sollen, daß Hunderttausende von Asylbewerbern mit erheblichen finanziellen Belastungen für die Steuerzahler für Jahre untergebracht und versorgt werden*?", der trägt politische Verantwortung für die Pogrome.

Die Ereignisse von Rostock sind weder zufällig noch unerwartet. Sie sind das Ergebnis einer Regierungspolitik, die ideologisch menschenverachtenden Rassismus fördert. Die seit Hoyerswerda ständig als Entschuldigungsstrickmuster verwandten Erklärungen, daß es den Menschen in den neuen Bundesländern schlecht geht, daß sich seit der Vereinigung ihre ökonomische und soziale Situation drastisch zugespitzt hat usw., rechtfertigen jedoch in keinster Weise rassistische Handlungen. Ihre Lage wird sich auch nicht verändern, wenn es keinen einzigen Flüchtling mehr in diesem Land gäbe, denn die Ursachen dafür liegen nicht an den Flüchtlingen. Sie sind politisch und ökonomisch verschaukelt worden und die dafür Verantwortlichen sind die Gleichen, die sie jetzt gegen die Flüchtlinge aufhetzen, um von sich selbst abzulenken.

Die Ereignisse von Rostock sind auch deshalb nicht zufällig und unerwartet, weil seit Hoyerswerda fast täglich bereits Anschläge auf Flüchtlinge oder auf ihre Unterkünfte stattfanden. Weder wurden

diese Tatsache von den Regierenden politisch klar verurteilt, noch hat eine spürbare Strafverfolgung der Täter stattgefunden. Diesen scheinbar rechtsfreien Raum konnten sich die organisierten neofaschistischen Gruppen im Laufe der letzten Monate ungestört und mit politischer Rückendeckung zu ihrem gezielten Aktionsfeld ausbauen. Regierung, Polizei, Verfassungsschutz, Presse hielten es bisher nicht für nötig, diesen erstarkenden Neofaschismus bzw. deren AktivistInnen ernsthaft einzuschätzen - obwohl deren Menschenjagd bereits vor Jahren begonnen hat. Schließlich boten diese ja mit ihrem rassistischen Terror aktiv Unterstützung für die offizielle Regierungspolitik. Da konnten sich im November 91 in Halbe, südlich von Berlin, ungestört mehr als 1200 Neofaschisten auf einem Soldatenfriedhof zusammenrotten, um in faschistischer Tradition die Waffen-SS zu feiern, oder anläßlich des Hess-Geburtstags gelang in diesem Jahr mehr als 2000 Neofaschisten ein Aufmarsch in Rudolfstein, obwohl die Polizei angeblich die Anfahrt verhindern wollte. Da können Neo-Nazi (Rock-)Bands mit volksverhetzenden Texten ungehindert auftreten und die Stimmung für Mordanschläge anheizen, gestört und verhindert einzig von Antirassismus- und Antifa-Gruppen.

Diese Reihe ließe sich weit fortsetzen, wichtig ist dabei jedoch, daß bei all diesen Ereignissen, wie auch zuletzt in Rostock, AntifaschistInnen, die sich dem braunen Mob entgegenstellen, kriminalisiert werden.

Zurück nach Rostock

Seit 22. August 1992 liefen die Angriffe gegen die Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge in Rostock-Lichtenhagen. Organisierte Neofaschisten in trauter Übereinstimmung mit Jugendlichen und Kindern waren die Akteure, das Volk klatschte Beifall.
Montagnacht, den 24.8.1992 hatten die Rechtsradikalen 2 Stunden Zeit, sich vor dem Flüchtlingsheim auszutoben. Die Bilder gingen um die Welt. Das Heim brennt. Menschen im Haus rennen verzweifelt um ihr Leben. Die Feuerwehr kann nicht löschen. Die Polizei macht Pause. Unfaßbar und das alles live über`n TV ins Wohnzimmer.
Just an diesem Morgen tagte in Rostock der Krisenstab. Bundesinnenminister Seiters jettete extra dafür in die Hafenstadt, Rostock war bereits zu diesem frühen Morgen bundesweites Problem. Der Umgang mit dem Rostocker Krawallen war auf politischer Ebene nicht mehr ausschließlich Sache der Rostocker Landesregierung. Fakt war zu diesem Zeitpunkt bereits auch, daß Anführer neofaschistischer Gruppierungen wie Christian Worch, Ewald Althanns oder Gerhard Endress von der Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front in Rostock-Lichtenhagen aktiv mitmischten. Der Schulterschluß zwischen Mob und organisierten Faschisten hatte bereits stattgefunden.

Angesichts dessen bleibt uns nur die Interpretation, daß hier gezielt dem Mob rechtsfreier Raum gelassen wurde, um tödliche Menschenjagd zu begehen.
Als Wochen vorher AntifaschistInnen zu einer Gegenkundgebung gegen eine DVU-Veranstaltung in Rostock aufrief, war es überhaupt kein Problem, innerhalb kürzester Zeit 600 Polizisten zum Schutz der DVU-Veranstaltung zu mobilisieren.
Auch in dieser Nacht sind in Rostock von der ansonsten nicht einsatzfähigen Polizei hauptsächlich AntifaschistInnen verhaftet worden, die sich aufgemacht haben, die Flüchtlinge zu schützen.
Es ist müßig, nach Polizei und Justiz zu rufen, da diese eh nur Handlanger des staatlichen MainStream sind und aktiv dazu beitragen, faschistische und rassistische Angriffe zu verharmlosen oder zu ignorieren. Zudem würde eine staatliche Repression wenig an dem propagandistisch geschaffenen, breit verinnerlichten rassistischen Konsens breiter Bevölkerungsteile verändern.

Die für Samstag, den 29.8.1992 geplante antifaschistische Demonstration in Rostock-Lichtenhagen stand von Anfang an einer nicht faßbaren Diffamierung gegenüber. Schon der Sprachgebrauch in der Berichterstattung über die faschistischen Angriffe setzte immer wieder rechts und links gleich. Mit dieser Gleichsetzung z.B. in der Aussage da "griffen linke und rechte Autonome" das Flüchtlingsheim an wird versucht, einerseits den faschistischen Terror, der einmal mehr bewiesen hat, daß Menschenleben nichts wert sind, zu verharmlosen. Gleichzeitig beinhaltet dies aber auch den Versuch der Entwertung von politischem Widerstand gegen diese faschistische Politik. In trauter Eintracht propagierten Polizei, Politiker und ein Großteil der Medien, daß an diesem Samstag in Rostock die große Schlacht laufen wird. Damit sollten Menschen, die sich gegen die Pogrome wenden wollten, bereits im Vorfeld abgeschreckt und an einer Teilnahme gehindert werden.

Was während der ganzen Woche der faschistischen Angriffe nicht möglich war, für die antifaschistische Demonstration wurden nicht nur bundesweit Polizeikräfte und BGS zusammengezogen, sie kamen auch zum Einsatz. Es waren mehr als 4000 Polizisten.
Ganze Konvois mit insgesamt mehr als 5000 Menschen wurden auf Autobahn oder Landstraße stundenlang aufgehalten. Für Lichtenhagen existierten Evakuierungspläne.

Die Demonstration, organisiert und vorbereitet von antifaschistischen und autonomen Gruppen, der sich u.a. versch. Gewerkschaftsgruppen, PDS, Grüne, ImmigrantInnengruppen u.v.a.m. angeschlossen hatten, konnte trotz dieser Einschüchterung und Behinderung losgehen. Über 20.000 Menschen ließen sich von der präsenten Staatsgewalt nicht einschüchtern, darunter auch internationale Delegationen und ein Flüchtlings- und ImmigrantInnenblock. Und es ist uns gelungen, uns mit der Demonstration der permanenten Provokation geschlossen zu widersetzen und damit die Demonstration erfolgreich zu Ende zu bringen. Wir haben uns nicht auf die Krawall-Strategie der Polizei eingelassen und ihnen nicht ihre gewünschten Bilder geboten und damit ihre Legitimation für den "*starken Staat*", mehr "*Sicherheitsgesetze*" usw.

Ein punktueller Erfolg und dennoch: Wir waren angesichts der menschenverachtenden Ereignisse von Rostock viel zu wenig, die auf die Straße gegangen sind, die deutlich Nein sagen, zu Rassismus, die faschistische Organisierung stoppen wollen, die die politisch Verantwortlichen benennen. Aber wir hoffen, daß wir mit der Demonstration all denen, die sich von der Diffamierung einschüchtern ließen, Mut gemacht haben, Rückrat zu zeigen und sich nicht von der konzertierten braunen Soße einmachen zu lassen.
Der rechte Terror gegen Flüchtlinge läuft weiter, täglich hören, lesen wir von Anschlägen, von Mordversuchen. In Ketzin bei Nauen brennt ein Heim ab, weiter Mollis fliegen in der gleichen Nacht auf andere Heime. Vor der ZAST in Eisenhüttenstadt finden mehrere Nächte hintereinander Straßenschlachten zwischen faschistoiden Jugendlichen und der Polizei statt.

Wir müssen das Stoppen. Aus unserer eigenen Kraft!

Wir müssen mit den Flüchtlingen den Selbstschutz organisieren und uns gegen jede Form von Rassismus zur Wehr setzen.

Nie wieder Faschismus!

HOYERSWERDA, SAARLOUIS... UND JETZT ROSTOCK! DER FASCHISTISCHE TERROR GEGEN FLÜCHTLINGE GEHT WEITER! DER DEUTSCHE STAAT SCHÜRT DIE POGROMHETZE!

Rostock im August 1992... Seit Wochen wird gezielt in Rostock (Mecklenburg/Vorpommern) gegen die Flüchtlinge im zentralen Flüchtlingsheim eine Pogromkampagne betrieben. Von den verhetzten Anwohnern, die sich über Schmutz etc. beschweren, über Lokalpolitiker bis zu den nazistisch- faschistischen Organisationen wird die Trommel gegen das "Asylantenpack" gerührt. Dann, seit Samstag geht die Rechnung auf. Aus den verschiedenen deutschen Städten zusammengezogen marschiert die braune Front auf. Brandsätze, Steinwürfe fliegen gegen das Flüchtlingsheim. Stundenlang stehen tausende Rostocker Bürger/innen, Anwohner vor dem Flüchtlingsheim und skandieren faschistische Parolen. Flüchtlinge werden angegriffen und wie Vieh durch die Straßen gehetzt. In der Nacht vom 24. auf den 25. August wird das Flüchtlingsheim zum Angriff freigegeben. Die Bullen ziehen sich in den Abendstunden völlig zurück. Brandsätze werden geworfen, Türen aufgebrochen und das Heim gestürmt. Die Polizei sieht zu. Die Feuerwehr trifft erst 2 Stunden später ein. Im Heim sind noch über 100 vietnamesische Flüchtlinge und 40 andere Menschen. Die Bullen wissen das. Warten sie auf das Massaker? Durch "Eigeninitiative" können die im Heim Eingeschlossenen fliehen. Ein glücklicher Zufall.

Die Ereignisse sind allein und in erster Linie nicht das Werk faschistischer Organisationen. Sie sind das Ergebnis der Flüchtlingspolitik des deutschen imperialistischen Staates. Herr Seiters, der Innenminister dieses Staates hat sowohl am Nachmittag des 24.8 wie auch am Morgen des 25.8. nicht ein Wort für die Opfer, nichtmal eine Krokodilsträne übrig, und er richtet nicht ein Wort gegen die faschistischen-nazistischen Organisationen. Nein, sein Problem ist ":Die Deutschen in ihrer überwältigen Mehrheit sind ausländerfreundlich. Aber dieses Bild wird in der Welt beschädigt werden, wenn wir jetzt nicht handeln." Das heißt, nur in einem möglichst "ausländerfreien" Deutschland können "die Deutschen" ausländerfreundlich sein. Es ist die Saat der üblen Medienkampagnen, der widerlichen Politikerhetze gegen "Asylantenflut, Asylantenschwemme, Scheinasylanten" etc. die jetzt aufgeht. Die Hetze geht von CSU, über CDU und SPD bis zu den Grünen, die "Einwanderungsquoten" fordern. Es ist dieser Staat selbst, der diese Angriffe und Ausbrüche gezielt schürt um eine Handhabe für die Verschärfung der Asylgesetzgebung zu haben. Endlich soll mit der leidigen Vergangenheit, der "Restdemokratie" im Grundgesetz, "politische Verfolgte genießen Asyl", die ein Zugeständnis aus der Niederlage des deutschen Faschismus im 2. Weltkrieg war, aufgeräumt werden. Deutschland wieder auf dem Weg zu "an deutschen Wesen soll die Welt genesen" Einsatz von Bundeswehr in "Kriesengebiete": das heißt Beteiligung an der imperialistischen Einsatztruppe im Namen der UNO, wie im Irakkrieg. Das sind die Ziele Deutschland. Und in diesen Rahmen paßt auch die Verschärfung des Asylrechtes. Wie sehr der Staat die Pogromhetze wie in Rostock und anderswo bewußt in Kauf nimmt und schürt um damit Politik zu machen, zeigt sich allein auch an folgendem Vergleich:

München im Juli 1992...9000 Polizisten, Sondertruppen, Bundesgrenzschutz versetzen

die bayrische Hauptstadt zur Zeit des Weltwirtschaftsgipfels in einen Belagerungszustand. Es geht nichts mehr. Über 20.000 AntiimperialistInnen, die an der Gegendemo und dem Gegenkongreß teilnehmen wollen, werden handverlesen durchsucht. Keine/r kommt ohne Durchsuchung in die Stadt. Ein Polizeikordon umgibt die DemonstrantInnen. DemonstrantInnen werden bei einer kleineren Demo eingekesselt. Brutalität ist es was die TeilnehmerInnen tagtäglich begleitet. Auf der großen Demo, werden einfach Menschen aus den Reihen gerissen, auf den Boden geworfen, mit Schlagstäcken von Bullengruppen traktiert. Der Gegenkongreß ist verboten, provisorisch unter ständiger Bullenkontrolle werden Behelfssitzungen durchgeführt. Das ist der deutsche Staatsterror gegen alles antifaschistische und antiimperialistische. alle, Die nicht auf die deutsche Großmachtlinie eingeschworen werden können, sollen mundtot gemacht werden. In München herrscht der Bullenstaat.

Und in Rostock????

In Rostock konnten gerade mal 280 Bullen vom Bundesgrenzschutz angefordert werden. In Rostock mußten im entscheidenden Moment des Angriffes auf das Flüchtlingsheim von den Nazi-Banden, die Einsatzleitung der Bullen ausgewechselt werden. Das dauerte eineinhalb bis zwei Stunden...

Offensichtlicher geht es nicht mehr.

Die Faschisierung geht von diesem Staat aus. Die Nazi-Banden sind willfährige Hilfstruppen dabei. Das ist die ganze Wahrheit.

AntifaschistInnen, RevolutionärInnen, DemokratInnen, KonmmunistInnen aller Nationalitäten

Es kann schon nicht mehr heißen wehret den Anfängen, denn der deutsche Staat hat die Anfänge der inneren Faschisierung schon hinter sich gelassen und schreitet "zu größeren" Taten...

Wir müssen uns alle mit aller Kraft dieser Entwicklung in die Arme werfen. In den Betrieben, in den Schulen in den Universitäten, an allen Arbeitsplätzen, in allen Arbeits-und Lebenszusammenhängen kommt es darauf an sich im antifaschistischen Kampf zu vereinigen, mit aller Kraft die zentralen Forderungen: BLEIBERECHT FÜR ALLE, WEG MIT DEN AUSLÄNDERGESETZEN, KAMPF DEN NAZI-FASCHISTISCHEN ORGANISATIONEN, KAMPF DER FASCHISIERUNG, DIE VOM STAAT AUSGEHT, etc. durchzusetzen. KÄMPFEN WIR FÜR EINEN WIRKSAMEN SELBSTSCHUTZ FÜR EINE ANTIFASCHISTISCHE VERTEIDIGUNG!

Wer jetzt nicht kämpft, der kommt zu spät. Keine/r kann sagen er/sie hat es nicht gewußt, er/sie hat es nicht gesehen. Es brennt. Und zwar nicht nur in Rostock... Heute sind es die Flüchtlinge, morgen werden es alle Ausländer sein, übermorgen die Juden und dann die Schwulen und Lesben... alle politisch revolutionären Menschen, die AntifaschistInnen, die KommunistInnen... Die Geschichte ist bekannt. Kein neues 4. deutsches Reich!

Wir Kommunist/Innen aus der Türkei/Nordkurdistan werden diesen Kampf mit allen AntifaschistInnen und RevolutionärInnen aller Nationalitäten hier zusammen führen. Wir führen diesen Kampf in dem Bewußtsein, daß diese Politik des imperialistischen deutschen Staates nicht durch Reformen und Verbesserungen grundlegend geändert werden kann. Nur die wirklich gewaltsame Zerschlagung der Grundlagen dieses Staates wird es möglich machen, einen wirklich sozialistischen Staat, der die Ausgebeuteten und Unterdrückten befreit zu errichten.

Es ist Zeit zum Handeln!

Führen wir gemeinsam den antifaschistischen Kampf!

Bolschewik Partizan

25.8.92



V.i.S.d.P.: M Korkmaz 11 Stanley Road, Leeds LH8, ENGLAND

Bleiberecht für alle Roma - der Kampf geht weiter

Schon seit Mitte letzten Jahres kämpfen die in Münster lebenden Roma für ein Bleiberecht. Durch diesen Kampf gelang es immer wieder, einige drohende Abschiebungen hinauszuzögern. Da die Stadt aber Anfang des Jahres einen neuen Kurs einschlug, kam es zu Abschiebungen, die nicht verhindert werden konnten. Anfang April drohte wiederum zwei Familien die Abschiebung. Diesen blieb dann nur noch die Möglichkeit, sich ins Kirchenasyl zu flüchten, das ihnen von der ESG und der KSG gewährt wurde. Später ergab sich diese Möglichkeit auch für eine weitere bedrohte Familie in der hiltruper Christusgemeinde. Trotz ergebnisloser Verhandlungen mit der Stadt waren sie im Kirchenasyl doch in relativer Sicherheit - jedenfalls bis Mitte August. Denn unerwartet erhielt die Familie, die in der ESG lebte, von der Stadt die Aufforderung, sich einige Tage später mit Gepäck im Stadthaus einzufinden - für sie sei ein "Flug nach Skopje gebucht".

Begründet wurde diese plötzliche Maßnahme mit einer neuen Stellungnahme des Hohen Flüchtlingskommissars, der erklärt hatte, daß er trotz Spannungen in Makedonien nicht für einen generellen Abschiebestopp plädiere, woraus die Stadt aber eine Abschiebe<u>verpflichtung</u> ableitete. Doch die Gemeinde sowie die UnterstützerInnen wiesen auf die immer bedrohlicher werdende Situation in Makedonien sowie auf die besondere Verfolgung der Familie hin. Verhandlungen mit der Stadt brachten aber keinerlei Ergebnis, zumal sich diese darauf berief, sowieso ständig nach Makedonien abzuschieben. Das Land NRW als nächsthöhere Instanz zog es vor, sich zurückzuhalten, sodaß die Stadt etwas später Haftbefehle gegen die Familie ausstellte.

Auch eine neuerliche Empfehlung des Hohen Flüchtlingskommissars, in diesem Fall doch aus humanitären Gründen von einer Abschiebung abzusehen und eine Duldung auszusprechen, fruchtete nicht. Der auf Initiative eines SPD-Ratsmitgliedes einberufene Ältestenrat konnte sich auch nicht zu einer Empfehlung an die Verwaltung durchringen. Als letzte Möglichkeit reichten die UnterstützerInnen eine Petition an den Landtag in der Hoffnung, daß der Petitionsausschuß darauf mit einer Empfehlung an die Stadt die Abschiebung bis zu seiner Entscheidung auszusetzen, reagieren würde. Diese fiel der Stadt offenbar nicht deutlich genug aus, sodaß sie ihr nicht nachkam. Die Stadt Münster hätte aber durchaus noch einen Handlungsspielraum gehabt. Rechtlich hätte die Möglichkeit bestanden, den beiden Familien eine Duldung aus humanitären Gründen auszusprechen. Zumindest hätte sie aber, wie andere Städte in NRW, die Abschiebung aufgrund der gespannten Lage in Makedonien aussetzen bzw. die Entscheidung des Petitionsausschusses abwarten können.

Dennoch war es für die Roma und die UnterstützerInnen unerwartet, als die Polizei am folgenden Mittwoch, d. 19.8., um 5.45 Uhr die Tür der ESG aufbrach und die Familie gewaltsam mitnahm. Ebenso entsetzt war die hiltruper Gemeinde, als die Polizei etwas später die dortige Familie mit denselben üblen Methoden festnahm. Diese wurde noch am selben Tag nach Makedonien abgeschoben.

Die Eltern der Familie in der ESG kamen in Abschiebehaft, wo sie nur eine Stunde pro Monat Besuch haben dürfen; die beiden minderjährigen Kinder sind in einer Jugendschutzstelle untergebracht, wo sie sich aber tagsüber frei bewegen können. Das einzige, was die Stadt im Moment noch davon abhält, auch diese Familie abzuschieben, ist die Schwierigkeit, die fehlenden Pässe aus Belgrad zu erhalten. Bis dahin sollen die Roma nach dem Willen der Stadt in Haft bleiben, gegen die inzwischen von den UnterstützerInnen Beschwerde eingelegt wurde.

Trotzdem kämpfen die Roma und die UnterstützerInnen weiterhin für ein Bleiberecht dieser und aller anderen Romafamilien.



Stoppt das "Reintegrationsprogramm"!

In diesem Kampf geht es auch darum, das von der Stadt immer wieder als Rechtfertigung angeführte "Reintegrationsprogramm" der Landesregierung für Roma in Makedonien als Werkzeug für Abschiebung und Vertreibung zu entlarven. Ein Etikettenschwindel ist das <u>Re</u>integrationsprogramm schon insofern, als man Menschen nur dort <u>wieder</u> integrieren kann, wo sie einmal integriert waren. Das war jedoch in Makedonien nie der Fall. Von den dort lebenden Makedoniern und Albanern wurden und werden die Roma verachtet, verfolgt und in slumartige Ghettos abgedrängt. Am Rande der makedonischen Hauptstadt Skopje leben derzeit bereits ca. 40.000 Roma in slumartigen Verhältnissen, d.h. in Pappbaracken ohne Wasser, Heizung, Strom und Kanalisation. Das sogenannte Reintegrationsprogramm besteht de facto darin, daß in dieses Ghetto eine Anzahl Container hineingepflanzt wurden. Nach wie vor jedoch gibt es für die Roma dort weder Arbeitsplätze noch Kindergärten und Schulen. Selbst ehemalige Befürworter des "Reintegrationsprogrammes" wie die Caritas bezeichnen daher das Programm inzwischen als gescheitert.

Daß die Landesregierung dennoch weiter an dem "Reintegrationprogramm" festhält, beweist, daß dieses Programm dem einzigen Zweck dient, die Roma auf elegante Weise aus Deutschland abzuschieben und den Widerstand gegen die Abschiebepolitik zu schwächen. Das "Reintegrationsprogramm" ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein Roma-Vertreibungsprogramm. Die Roma nach Skopje zu schicken heißt zu alledem, sie in ein Gebiet auszuliefern, in dem die sich verschärfenden Nationalitätenkonflikte jederzeit in einen Bürgerkrieg münden können, wie er jetzt schon in Bosnien-Herzegowina herrscht.

Staatenlose Roma fordern Bleiberecht

Die Roma sind ein Volk mit eigener Sprache und Tradition. Doch sie sind ein Volk ohne eigenes Territorium.

Seit Jahrhunderten werden sie verfolgt, diskriminiert, ermordet oder ihre Vernichtung in Kauf genommen. Zwangsweise wurden sie zu Nomaden gemacht, denn nirgendwo wurde es ihnen ermöglicht, sich anzusiedeln, sich minimalste Lebensgrundlagen aufzubauen und ein Leben ohne Angst und alltägliche Sorge nach ihren Vorstellungen zu leben und zu gestalten. Überall in ganz Europa verstreut leben sie als Minderheit und ihre Geschichte und die Erfahrungen jeder einzelnen Familie beschreibt den Kreislauf von Vertreibung, Verelendung und



Wiedervertreibung. Als entrechtetes Volk wurden sie hier in Deutschland systematisch in Konzentrationslagern zu Tausenden ausgerottet und in medizinischen Versuchen gequält und mißbraucht. Die auf Armen eingebrannten KZ-Nummern einiger Überlebender oder die Erzählungen von Roma-Familien aus Serbien über die Massakrierung ihrer Familien 1942 durch die Nazis sollten gerade uns Deutsche erinnern und zur Verantwortung rufen.

In der Hoffnung, den Teufelskreis der Vertreibung, Verelendung und Wiedervertreibung zu durchbrechen und die Fluchtwanderung zu beenden, kamen viele Roma auch in die Bundesrepublik.

Das Asylrecht ermöglicht es ihnen, für einen befristeten Zeitraum einen relativ sicheren legalen Status zu genießen. Doch der Begriff der politischen Verfolgung des bundesdeutschen Asylrechts entspricht nicht der Lebensgeschichte der Roma und ihren Fluchtgründen. Das Asylrecht setzt die persönliche Mitgliedschaft und Mitarbeit in politischen Organisationen und Vereinen im Heimatland als Hintergrund für die Anerkennung einer politischen Verfolgung voraus.

Menschen, die sich nie langfristig in einem Land aufhalten können und die vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind, können einen solchen Sachverhalt nur schwer oder gar nicht vorweisen.

So wird die Leidensgeschichte der Roma ihnen selbst zum Verhängnis, denn aufgrund ihrer Geschichte wird ihnen das Asylrecht verwehrt.

Das Asylverfahren ist somit völlig ungeeignet, die Probleme der Roma zu lösen. Roma brauchen ein Bleiberecht unabhängig vom Asylverfahren.

Der Verwaltungsakt und -apparat hat die Roma und Sinti im Faschismus vernichtet.

Ein Verwaltungsk#akt heute schafft die Roma außer Landes, weil sie nicht gewollt und gebraucht werden. Vielleicht fragen wir die betroffenen Roma, was der deutsche Verwaltungsakt für ihre Geschichte bedeutet.

Aber die Geschichte der Roma ist gerade deshalb ein ständiger Kampf ums Bleiberecht, dort, wo sie es wollen uns wie sie es wollen. Das Bleiberecht für Roma legitimiert sich aus ihrer Geschichte. Sie kämpfen für ihre grundlegenden Rechte als Menschen und die Wahrung ihrer Identität und kulturellen Unabhängigkeit. Gerade wir Deutschen und erst recht die Herrschaften in Stadtverwaltung und Ministerien haben kein Recht, sie als Bittsteller zu sehen, sondern das Bleiberecht ist das legitime Recht jeder einzelnen Romafamilie.

wir fordern daher:

- **Freilassung aller in Abschiebehaft sitzenden Roma**
- **sofortiger Abschiebestopp ins ehemalige Jugoslawien**
- **Bleiberecht für alle Roma**
- **offene Grenzen für alle!**

VisdP: Roma-UnterstützerInnenkreis

Zur Berichterstattung der taz:

Das Antifa-Info eignet sich nicht zum "Kronzeugen" gegen den militanten Antifaschismus.

Über fünf Jahre hinweg hat die taz in ihrer Berichterstattung das Erscheinen des Antifa-Infos ignoriert. Die politische Herangehensweise der taz und des Infos an die Probleme des antifaschistischen Kampfes standen und stehen seit jeher im Gegensatz zueinander. Während Ihr in Kommentaren und selbst in Berichten über Nazi-Aufmärsche und antifaschistische Gegenaktivitäten Eure Kritik und Abneigung gegen einen militanten Antifaschismus zum Ausdruck brachtet, gingen wir anders an die Probleme und Auseinandersetzungen heran. Wir haben Eure Unterscheidung in "gute und böse Linke", in "gute und böse AntifaschistInnen" nie mitgemacht, wobei für Euch ein entscheidenes Kriterium die Stellung zu Gewalt und Militanz ist: gut sind die friedlichen, gewaltfreien und böse die militanten AntifaschistInnen.

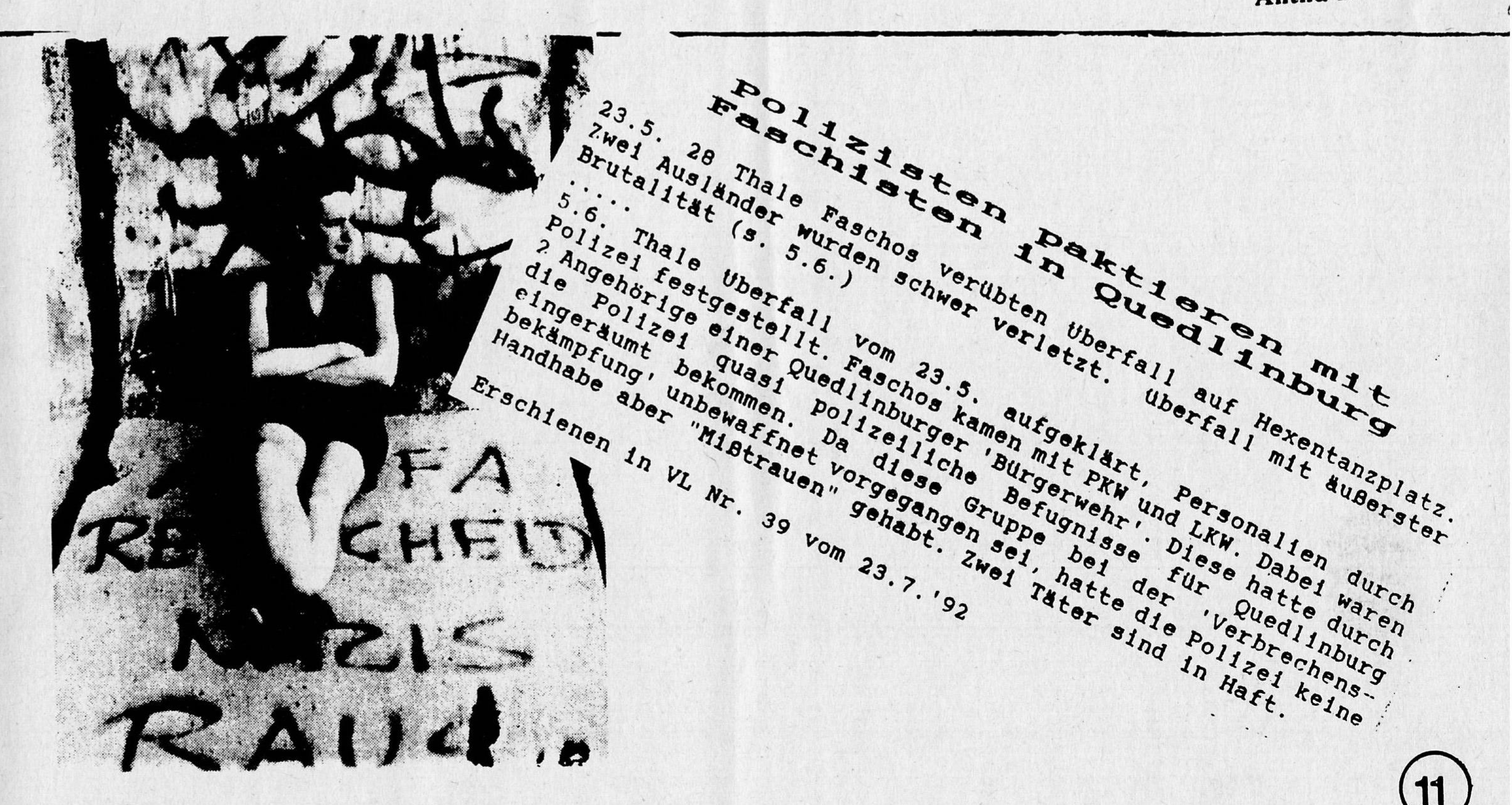
Daß Ihr uns nach Jahren des Erscheinens zur Kenntnis nehmt, darauf sind wir nicht angewiesen; zumal dahinter kein wirkliches Interesse an unserer Arbeit zu stehen scheint, sondern der Versuch, das Antifa-Info zum "Kronzeugen" für Eure Kritik des militanten Antifaschismus zu machen. Fünf Monate nach dem Tod Kaindls und fast drei Monate nach dem Erscheinen unserer Ausgabe zitiert Ihr uns zu diesem Thema. Den Zeitpunkt habt Ihr "gut" gewählt. Nach den Pogromen von Rostock, die sich anschließend durch die gesamte Republik zogen, wächst bei vielen Linken die Einsicht, daß man sich den Nazis offensiver entgegenstellen muß. Die offene und verdeckte Kumpanei der etablierten Parteien und der staaatlichen Organe (einschließlich der Polizei) mit den faschistischen Organisationen und Kadern sowie dem aufgehetzten und beifallklatschendem Mob, hat zu dieser Einsicht beigetragen. Statt Euch in einer solchen Situation über unser Wissen und unsere politische Stellungnahme zu den Pogromen zu erkundigen, zitiert Ihr aus einer inaktuellen, von den Ereignissen überholten Info-Ausgabe.

Der Versuch, das Antifa-Info für Eure politische Zielsetzung "auszuschlachten" kann freilich nur gelingen, indem Ihr ausschließlich die Passagen zu den politischen Folgen der damaligen Ereignisse zitiert. Den gesamten Teil des Beitrages, der sich mit den gesellschaftlichen Ursachen und dem Klima befaßt, die den Ereignissen zugrundeliegen, laßt Ihr unerwähnt. Aus ihm geht hervor, daß Kaindl das Opfer einer von faschistischen Organisationen (und damit auch von ihm selbst) geschürten Hetze und Eskalation geworden ist. Unerwähnt bleibt ebenfalls, daß in dem Beitrag dazu aufgerufen wurde, sich solidarisch zu verhalten und alles zu unterlassen, was bei der Fahndung der Polizei und der bürgerlichen Justiz in die Hände arbeiten könnte.

Zu kritisieren ist auch, daß ihr aus einem, als Diskussionsbeitrag gekennzeichneten, Artikel eine Stellungnahme der Info-Redaktion macht. In der Überschrift legt Ihr uns das Wort Mord in Zusammenhang mit den Ereignissen in den Mund. Wir haben diesen Begriff bewußt nie gebraucht. Auch die taz müßte wissen, daß zum "Mord" der Vorsatz gehört, der den Beteiligten damit unterstellt wird. Das leistet der Kriminalisierung der Antifa weiteren Vorschub.

Wir hätten uns, bei rechtzeitiger Nachfrage, gegen eine derartige Veröffentlichung ausgesprochen. Das Antifa-Info läßt sich nicht für Eure politischen Zielsetzungen instrumentalisieren.

Antifa-Info



Polizisten paktieren mit Faschisten in Quedlinburg

23.5. 28 Thale Faschos verübten Überfall auf Hexentanzplatz. Zwei Ausländer wurden schwer verletzt. Überfall mit äußerster Brutalität (s. 5.6.)

....

5.6. Thale Überfall vom 23.5. aufgeklärt. Personalien durch Polizei festgestellt. Faschos kamen mit PKW und LKW. Dabei waren 2 Angehörige einer Quedlinburger 'Bürgerwehr'. Diese hatte durch die Polizei quasi polizeiliche Befugnisse für Quedlinburg eingeräumt bekommen. Da diese Gruppe bei der 'Verbrechensbekämpfung', unbewaffnet vorgegangen sei, hatte die Polizei keine Handhabe aber "Mißtrauen" gehabt. Zwei Täter sind in Haft.

Erschienen in VL Nr. 39 vom 23.7.'92

antifa

hier mal wieder infos aus passau, und mal wieder hat's was mit der DVU zu tun. am 15.september findet bei uns der erste prozeß gegen einen antifa im zusammenhang mit dem aktionstag gegen die DVU am 14.3.92 statt. dieser prozeß ist der erste einer langen prozeßreihe. wir schätzen, daß es mindestens gegen 19 menschen prozesse geben wird.
es gab im laufe der 10-jährigen geschichte der DVU-veranstaltungen mehrere verfahren gegen antifas, die widerstand gegen diese geleistet haben, es gab auch einige wenige verfahren gegen faschos. die schweine haben aber noch nie zuvor soviel energie in repression gegen antifas gesteckt, wie sie es dieses jahr tun.
abgesehen von dem massiven einsatz von zivi-bullen am 14.3 und den in diesem zusammenhang geschehenen festnahmen und prozessen, verwenden sie jetzt viel energie auf einschüchterung.
diese einschüchterungstaktik hat schon damit angefangen, daß sie 7 antifas ungewöhnlich lang (5 tage) in U-haft in passau behalten haben. dies haben die schweine mit dem "argument" fluchtgefahr gerechtfertigt, da die antifas teilweise keine angaben zu beruf und wohnort gemacht haben.
3 monate nach dem aktionstag haben die schweine z.B. einen schüler, aus bawü, der in passau eingefahren ist und leider eine aussage gemacht hat vom schulhof geholt und ihm eine mappe mit 80 ED-fotos vorgelegt, damit er ihnen sagen kann welche er wieder erkennt.
im juli sind bullen plötzlich bei einem antifa aus bayern vor der tür gestanden und haben ihm ein foto vor die nase gehalten auf dem er angeblich mit einer eindeutigen geste einen bullen beleidigt, und zwar in passau am 14.3..
das sind nur zwei beispiele; wir sind uns sicher, daß sie ähnliches bei mehreren antifas versuchen, und wir nur nichts davon mitbekommen.

jetzt noch eine info zu den prozessen.
der erste, jetzt am 15.9., ist gegen einen antifa aus bawü, der wegen schwerem landfriedensbruch angeklagt ist. angeblich hat ein zivi-bulle der 2 meter neben ihm gestanden ist, alles beobachtet. wir wollen jetzt noch nichts genaueres dazu schreiben weil wir den schweinen so nur die möglichkeit geben, sich noch besser auf den prozess vorzubereiten.
wann die anderen prozesse sind, steht noch nicht fest. diese verfahren richten sich gegen eine größere gruppe von antifas - auch wegen schwerem landfriedensbruch. von diesen 18 menschen hat noch niemensch eine anklage bekommen; daß sie eine bekommen ist aber relativ sicher, weil 6 von ihnen 5 tage im knast in passau waren, und weil es eine umfassende aussage eines antifas dazu gibt (wie war das mit aussageverweigerung ...)

unsere einschätzung zu dieser taktik:
dieses jahr waren die gegenaktivitäten die bis jetzt größten. zum einen waren mehr antifas in der stadt wie jeh zuvor, und zum anderen war das konzept und die mobilisierung offensiver.
der aufwand der bullen ist wohl als reaktion auf dies zu sehen.
durch die massive anwesenheit von USK wollten sie uns zeigen, daß wir keine chance haben was zu machen. diese überlegung von ihnen ist **teilweise** aufgegangen. es gab mehrere gruppen von antifas die angesichts der bullenpräsenz lieber in den anlaufstellen geblieben sind oder deswegen schon wieder früher heimgefahren sind.
da aber auch viele gruppen trotzdem ihre aktionen durchgezogen haben, und sich nicht einschüchtern ließen, mußten sie wohl im nachhinein noch versuchen was ging.
die schweine haben durch ihr verhalten den "bayern mythos" wieder verstärkt -"in bayern sind ja solche aktionen sowieso nicht möglich .."-
und somit versucht, die bereitschaft der leute wieder so eine weite strecke zu einer aktion nach passau zu fahren runterzuschrauben.
all diese aktionen der bullen, also am 14.3. selbst und auch in

den letzten monaten, laufen darauf hinaus, die vorbereitung und mobilisierung für nächstes jahr so schwer wie möglich zu machen. so schwer wie möglich deshalb, weil die bereitschaft der leute durch diese einschüchterung nicht mehr so hoch ist.

wir wollen diese einschüchterungsversuche und die verfahren im zusammenhang mit dem aktionstag am 14.3 öffentlich machen. außerdem versuchen wir prozeßarbeit so gut wie möglich zu leisten. das gestaltet sich allerdings relativ schwer da wir kaum gedächtnisprotokolle (auch nicht fest zugesagte) bekommen haben. deswegen nochmal :
macht bitte alle - also auch nicht eingefahrene leute, die was beobachtet haben - gedächtnisprotokolle und laßt sie uns irgendwie zukommen .
versucht in den gedächtnisprotokollen namen und orte möglichst rauszulassen. erwähnt genauere angaben nur soweit, daß es für uns nachvollziehbar ist, um was es eigentlich konkret geht.
wenn ihr von uns längere zeit nichts hört, nachdem ihr uns geschrieben habt, rührt euch nochmal - vielleicht ist der brief ja wieder mal nicht angekommen...

- laßt die bullentaktik nicht aufgehen und euch nicht einschüchtern !

ach ja, wiedermal ein spendenaufruf. wie ihr euch denken könnt brauchen wir zur unterstützung der angeklagten genossInnen und zur prozeßarbeit eine menge kohle ...also spendet !!!!

unser konto : **rechtshilfefond passau**
Kto.Nr. 408298
BLZ : 740 60 100
raiffeisenbank passau

glaubt bloß nicht, daß wir heulen - jetzt erst recht !!!!!!

eure rechtshilfegruppe passau

BBS Gottfried Schäfferstr.6 8390 Passau
0851-36106 infoladen freitag 16-19 uhr
frauen/lesben jeder 2.so 17-19 uhr

Immer noch: Halt's Maul Deutschland !

Dieses Mal am 3. Oktober nach Schwerin!

Im Jahre zwei nach der Vereinigung der Deutschländer geht es vielen Menschen an den Kragen: Während große und kleine BRD-Kapitalisten mit dem Zusammenbruch der DDR das größte Geschäft seit den 50er Wirtschaftwunderjahren machen, werden Flüchtlinge und Arbeitsmigrantinnen mit dem Tod bedroht und steigt in einem der reichsten Länder der Welt die öffentliche Armut: Insbesondere auf dem Gebiet der ehemaligen DDR klettern die Mieten und die Arbeitslosigkeitsraten in schwindelerregende Höhen. Die Möglichkeit, daß viele Menschen aus Ost und West aus dem Fall der Mauer im November 1989 ein von der "alten Scheiße" (Kalle Marx) befreiten, selbstwußten neuen sozialistischen Aufbruch entfalten, soll von denen da oben auf unabsehbare Zeit erstickt werden. Alle, die eine andere Vorstellung von einem Leben besitzen, als in einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gegeneinander zu konkurrieren, sollen von ihnen zu demütigen Almosenempfängern und Bettlerinnen herabgewürdigt werden.

Doch damit nicht genug: Dort wo die kapitalistische Verwertung nicht mehr richtig klappt, ist auch oft die Dimension der Vernichtung nicht mehr weit. Bei dem mit abstrakten Zahlenkolonnen von herrschenden Politikern herbeiphantasierten "Ausländerproblem" geht es nicht um die "Lösung" irgend eines unserer tatsächlichen sozialen und gesellschaftlichen Probleme. Im Gegenteil: Wir sollen aufeinander gehetzt werden, denn so das Kalkül der herrschenden Macht: Solange sich die da unten die Köpfe einschlagen, wird für die Reichen in der BRD letztlich alles so bleiben wie es ist.

Dabei kann jeder schon bei dem Anflug eines ersten Nachdenkens wissen, daß selbst wenn der letzte Mensch mit einem nicht-deutschen Paß aus dem eigenen Kiez oder Bezirk vertrieben worden ist, danach niemand eine sinnvollere Arbeit verrichten, in einer besseren Wohnung, in einer gesünderen Umwelt oder überhaupt in liebevolleren und zärtlicheren Beziehungen leben wird.

Doch darum geht es den Rassisten und den Nazi-Banden nicht. Sie verstehen die von oben ausgesendeten Signale in denen zunächst Flüchtlinge und Arbeitsmigrantinnen von den herrschenden Politikern für "vogelfrei" erklärt werden, sehr gut. Die von Nazis und Rassisten manchmal genannten Gründe, warum sie auf Menschenjagd gehen, sind keine. Für sie geht es niemals um Gründe sondern einzig und allein darum, jede Möglichkeit dafür auszunutzen körperlich schwächere Menschen als sie zu quälen, zu foltern und zu töten.

Die mit tätkräftiger Unterstützung der staatlichen Rassisten des Landes Mecklenburg-Vorpommerns, d.h. konkret: Ministerpräsident Seite und sein Landesinnenverbrecher Kupfer, angezettelten Pogrome in Rostock-Lichtenhagen sind dabei nur ein vorläufiger barbarischer Höhepunkt. Seit Maueröffnung sind über 20 Menschen von den faschistischen Menschenjägern ermordet worden. Allein in diesem Jahr haben über 700 Menschen zum Teil schwere Verletzungen durch rassistische Attacken erlitten.

Wir wissen, daß es eine Illusion ist zu glauben, man könnte faschistische Menschenjäger durch nicht-Verhalten beschwichtigen oder gar von ihrem barbarischen Tun abbringen. Ihr rassistischer Terror wird immer weitere Kreise, nicht nur gegen Menschen mit nicht-deutschen Paß ziehen, sofern wir nicht dazu in der Lage sind, die von oben losgetretene menschenmordende Gewaltspirale mit aller Gewalt zu zerbrechen. Dabei ist es infam, die von uns angewendeten Gewaltformen mit denen der Faschisten gleichzusetzen. Während die Nazis mit ihrer Gewalt einen dumpfen angsterfüllenden Kult des Todes verbreiten, sind unsere Gewaltformen ein notwendiges Übel auf dem Weg zu einer befreiten und leidenschaftlichen Gesellschaft, bei der sich jeder Gedanke an Folter selbst verbietet.

Ein Schritt auf dem Weg in diese befreite Gesellschaft ist das Wissen, daß es nichts hilft, gegen "Sündenböcke" vorzugehen. Jede und jeder weiß, wer die Verantwortlichen für die sozialen Mißstände sind: Die großen Unternehmen, die Treuhand, die Hausbesitzer, die PolitikerInnen. Es ist nicht einfach sich erfolgreich zu wehren, aber es gibt viele Möglichkeietn, etwas für wirkliche Veränderungen zu tun:

» Gegen Wohnungsnot und zu hohe Mieten gab und gibt es Hausbesetzungen und Mietstreiks. Die Wohnungsnot kann nur durch die eine Vergesellschaftung des gesamten Wohnungsbaubestandes beseitigt werden. In die direkte Kontrolle unserer Wohnungen darf uns kein Hausbesitzer mehr hereinzureden haben.

» Gegen Betriebsstillegungen kann mensch versuchen, durch Selbstorganisation, Streiks und Betriebsbesetzungen den Betrieb selbst in die Hand zu nehmen. Das wäre eine Vorausetzung dafür, um gemeinsam darüber zu diskutieren, welche Scheißarbeit an welchen Scheißprodukten noch notwendig ist und welche vielleicht schon abgeschafft werden kann. Die Existenz und soziale Sicherung eines Menschen darf nicht an den im Kapitalismus notwendigen Arbeitszwang gekoppelt sein. Und wenn das eine ohne das andere nicht zu haben ist, dann müssen eben sowohl der Arbeitszwang als auch der Kapitalismus weggeputzt werden. So einfach kann das sein, wenn wir es wollen.

So wie es ist, bleibt es nicht! So oder so ! Bringen wir unsere Erfahrungen aus unterschiedlichen Gesellschaftssystemen zusammen und lernen wir voneinander, wie wir uns mit direkten Aktionen am besten gemeinsam gegen die herrschende Macht in Bonn, dem Faschismus und Rassismus wehren können. Es liegt in unserer Hand uns so zu organisieren, daß wir wirklich etwas verändern können und das am besten gemeinsam auch mit Arbeitsmigrantinnen und Flüchtlingen. Denn wir wissen, das wir grenzenlos viele sind auf dieser Welt, die nicht wenigen, sondern uns allen gehört!

Wir rufen an dem Ort, wo die Drahtzieher für die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen sitzen, dazu auf, sich mit Witz, Mut und Schlauheit an den Einheizfeierlichkeiten am 3. Oktober in Schwerin zu beteiligen und sie zu fluten.
Suchen wir gutgekleidet an den Hotels, An- und Abfahrtrouten den direkten Kontakt mit denjenigen, die in diesem Land dafür verantwortlich sind, Flüchtlinge zum tödlichen Abschuß durch Nazi-Banden freizugeben und die versuchen uns im Alltag auszupressen, auszubeuten, um uns schlußendlich aufeinander zu hetzen. Es existiert keine Einheit zwischen "West" und "Ost" und zwischen unten und oben schon gar nicht!

Für die sofortige Stillegung
der herrschenden Klassen überall auf der Welt !

Soziale Selbstorganisation und Massenautonomie
gegen Ko(h)loniealisierung und Barbarei !

Antifaschistische und Autonome Gruppen (West-Berlin)

Hinweis: Am Donnerstag, den 24.September findet um 19.30 Uhr eine Vollversammlung im Versammlungsraum des Mehringhofes statt. Inhalt: Nicht-Demo-Konzept und Technix

Große solidarische Demonstration aller AntifaschistInnen in Hoyerswerda

Im September vorigen Jahres begannen Faschisten und Faschistinnen in Hoyerswerda die schwersten Ausschreitungen gegen Flüchtlinge und ausländische Menschen seit Ende der Nazi-Diktatur. Ziel war es, Hoyerswerda zur ersten "ausländerfreien" Stadt der BRD erklären zu können. Danneberg, der Vorsitzende der "Deutschen Alternative" in Hoyerswerda, propagiert überall in der BRD, er könne Ratschläge geben, wie jede deutsche Stadt "ausländerfrei" gemacht werden kann. Spätestens seit dem Pogrom in Hoyerswerda sind faschistische Übergriffe an der Tagesordnung und haben ihren vorläufigen Höhepunkt in Rostock erreicht.
Jetzt haben die Faschisten für den 26.9.92 einen Aufmarsch in Hoyerswerda angekündigt.

Verhindern wir, daß die Faschisten den Jahrestag ihres Pogroms feiern können! Kämpfen wir mit Kraft und Phantasie für Antirassismus und Bleiberecht für alle!

Die antifaschistischen Initiativen in Hoyerswerda und anderen Städten rufen zu einer Großdemonstration auf. Sie benötigen massenhafte Unterstützung auch aus Berlin!

Also auf nach Hoyerswerda! Wehrt Euch! Greift ein! Schaut nicht länger weg! Kämpft für eine antirassistische Zukunft!

Treffpunkt Berlin: Samstag, 26.9.92, 9.00 Uhr, TU-Mathegebäude (wer hat, mit PKW)

Demobeginn: 14.00 Uhr, Hoyerswerda
Ort: Spremberger Chaussee - Thomas Münzer Straße

volxsport

WIR HABEN IN DER NACHT VOM 22.8.92 AUF DEN 23.8.92 EINEN SPRENGSATZ MIT ZEITZÜNDER AM SEITENFENSTER DES DVU-BÜROS (AUF DER HEIDE/BREMERHAVEN-SURHEIDE) DEPONIERT. DER SPRENGSATZ ZÜNDETE ZU UNSEREM BEDAUERN LEIDER NICHT. EINE EVENTUELLE GEFAHR FÜR UNBETEILIGTE UND ANWOHNERINNEN HABEN WIR VON VORNHEREIN AUSGESCHLOSSEN.
ES HANDELTE SICH HIERBEI NICHT, WIE IN DER „NORDSEEZEITUNG" BERICHTET, UM EINEN BRANDSATZ. BEI EINEM BRANDSATZ WÄRE DIE GEFAHR EINES ÜBERGREIFENS DES FEUERS AUF UMLIEGENDE HÄUSER ZU GROß GEWESEN.
DER SPRENGSATZ SOLL ALS WARNUNG FÜR DIE RECHTSEXTREME DVU SOWIE ANDERER FASCHISTISCHER GRUPPIERUNGEN VERSTANDEN WERDEN. ETWAIGE SPEKULATIONEN INNERHALB DER SZENE ÜBER DIE BETEILIGTEN AN DIESER AKTION SOLLTEN SOFORT AUFHÖREN.
IN DERSELBEN NACHT DETONIERTE VOR DEM STADTHAUS 4 (POLIZEIWACHE) IN BREMERHAVEN-LEHE EIN WEITERER SPRENGKÖRPER. HIERVON DISTANZIEREN WIR UNS AUFS ENTSCHIEDENSTE, DA ES MIT UNSERER POLITISCHEN EINSTELLUNG NICHT ZU VEREINBAREN IST UNSCHULDIGE MENSCHENLEBEN ZU GEFÄHRDEN. DESWEITEREN HALTEN WIR BOMBENANGRIFFE AUF DIE POLIZEI, WIE ES IM REVIER LEHE GESCHEHEN IST FÜR POLITISCH UNVERANTWORTLICH, DA ES SICH DABEI UM EINFACHE BEREITSCHAFTSPOLIZISTINNEN HANDELT. MIT DIESEM ANSCHLAG HABEN WIR NICHTS ZU TUN.
ZUR DVU:
DIE DVU WURDE AM 18.1.1971 GEGRÜNDET. VORSITZENDER WIRD DER VERLEGER DR. GERHARD FREY. VON ANFANG AN IST ER DER ABSOLUTE FÜHRER DER DVU. SEIN EINFLUß UND SEINE DIKTATORISCHE MACHT INNERHALB DER PARTEI WIRD VOR ALLEM DURCH SEIN IMMENSES FINANZIELLES VOLUMEN AUFRECHT'-ERHALTEN, WELCHES ER MIT DEM VERLEGEN DER FASCHISTISCHEN HETZBLÄTTER „DEUTSCHE NATIONAL-"UND „- WOCHENZEITUNG" ETC. „ERWIRTSCHAFTET".
DIE DVU IST ZUR ZEIT 16000 MITGLIEDERINNEN DIE STÄRKSTE ORGANISATION DEUTSCHER FASCHISTINNEN. IHRE HAUPTFUNKTION INNERHALB DER NAZISZENE BESTEHT AUF PUBLIZISTISCHEN, IDEOLOGISCHEN UND BÜNDNISPOLITISCHEM GEBIET.
ENDE FEBRUAR 1987 WURDE IN MÜNCHEN DIE LISTE-D GEGRÜNDET, EIN ZUSAMMENSCHLUß VON DVU UND NPD, DEREN VORSITZENDER WIEDERUM FREY IST. DER ERSTE TEST FÜR DIE DVU SIND DIE BÜRGERSCHAFTSWAHLEN '87 IM LANDE BREMEN, EIN VOLLER ERFOLG. „FREY STECKTE MEHRERE MILLIONEN IN DEN WAHLKAMPF. ALLEIN 2,5 MIO. DIENTEN DAZU FRÜHZEITIG FASCHISTISCHE HAUSWURFSENDUNGEN DURCH DIE POST VERTEILEN ZU LASSEN. DESWEITEREN WIRD IN ZEITUNGEN, AUF PLAKATWÄNDEN UND VOM FLUGZEUG AUS GEWORBEN.

UM DAS FASCHISTISCHE IMAGE ETWAS ZU VERSTECKEN, WERDEN AUSSCHLISSLICH UNBEKANNTE KANDIDATEN IN DEN WAHLKAMPF GESCHICKT. DIE WAREN DRAHTZIEHER, DER LANDESVORSITZENDE DER NPD/NRW H.HERTEL UND DER LANDESVORSITZENDE DER DVU BREMEN BLEIBEN IM HINTERGRUND. DAS KONZEPT GEHT VOLL AUF. DIE DVU SCHAFFT AUF ANHIEB DEN SPRUNG ÜBER DIE FÜNF PROZENT HÜRDE. DER WAHLKAMPF '91 IM LAND BREMEN SOWIE ANFANG '92 IN SCHLESWIG-HOLSTEIN WIRD FAST NACH DEM GLEICHEN SCHEMA GEFÜHRT UND ES KLAPPT WIEDERUM. IN BREMERHAVEN WIRD ER SOGAR ZWEISTELLIG, WAS SIE HIER ZUR DRITTSTÄRKSTEN FRAKTION MACHT. ANALYSEN, WARUM GERADE IN BREMERHAVEN SO VIELE MENSCHEN DVU GEWÄHLT HABEN, SIND VIELFACH ERSTELLT WORDEN. WIRKLICHE ANTWORTEN GEBEN SIE NICHT, SIE SIND WOHL AUCH ZIEMLICH SCHWER ZU FINDEN. SICHER IST DIE HOHE ARBEITSLOSIGKEIT EINER DER FAKTOREN, HERVORGERUFEN DURCH DIE SYSTHEMATISCHE VERNICHTUNG DER WERFTEN DURCH DIE BUNDESREGIERUNG. AUCH DAS VERHALTEN DER SOGENANNTEN ETABLIERTEN PARTEIEN VON DER CDU BIS HIN ZU DEN GRÜNEN, DIE IN IHRER HETZE GEGEN ASYLSUCHENDE MENSCHEN DER DVU KAUM NACHSTEHEN SIND HIERFÜR MITVERANTWORTLICH.
DURCH DIE OFFEN RASSISTISCHE POLITIK IST DIE DVU DIREKT MITVERANTWORTLICH AN DEN ÜBERGRIFFEN AUF MENSCHEN ANDERER NATIONALITÄTEN UND DEREN HÄUSER. (SIEHE HOYERSWERDA ODER JETZT ZUR ZEIT ROSTOCK). SIE PROPAGIERT STRICKTE "RASSENTRENNUNG" UND STEMPELT MENSCHEN ANDERER NATIONALITÄT ALS MINDERWERTIG AB. AUCH GLAUBT DIE DVU ERKANNT ZU HABEN, DAß FRAUEN AUFGRUND IHRER ANGEBLICHEN "NATÜRLICHEN ANLAGEN" NUR ALS GEBÄHRMASCHINE STRAMMER DEUTSCHER MÄNNER, PUTZEN UND IM REPRODUKTIONSBEREICH DES MANNES VON NUTZEN ZU SEIN. DIES SCHEINT DEN MÄNNERN ZU GEFALLEN, DENN DER ÜBERWIEGENDE TEIL DER MENSCHEN DER DVU WÄHLT SIND MÄNNER.

BREMERHAVEN DER 24.8.92

AUTONOMES ANTIFASCHISTISCHES KOMMANDO
" SAMUEL YEBOAH "

" SAMUEL YEBOAH AUS GHANA IST AM 19. SEPTEMBER 1991 BEI EINEM BRANDANSCHLAG VON FASCHISTEN IN SARLOUIS ERMORDET WORDEN."



Anmerkung zur DVU- Veranstaltung

volxsport

Da kündigt doch die DVU eine Veranstaltung mitten in Königs-Wusterhausen an! Da wollen sie diese im Lokal "Märkischer Hof" machen! Da dachten wir uns "Starkes Stück, da müssen wir was dagegen tun!"
Darum besuchten wir am Dienstag, den 1.9.92, kurz vor Ladenschluß das Lokal. Wir erklärten den anwesenden Gästen und dem Personal, daß die Verantwortlichen des Lokals dafür zu sorgen haben, daß die DVU-Veranstaltung abgesagt wird. Ansonsten wird das Lokal früher oder später verwüstet.
Wir wählten den Weg des persönlichen Besuchs, um zu klären,ob die Lokalverantwortlichen w i s s e n, wer bei ihnen die Veranstaltung macht, wie s i e dazu stehen und um öffentlich Druck zu machen, daß RassistInnen und FaschistInnen kein Veranstaltungsraum gegeben wird.
Resultat: Im Terminplaner des Lokals war ein DVU-Treffen von 80-100 Leuten mit Rednerpult, Lautsprecheranlage und kaltem Büffet eingetragen. Die Lokalverantwortliche sagte zwar, daß das Treffen abgesagt sei, distanzierte sich ansonsten in keiner Weise davon.
Wegen der antifaschistischen Mobilisierung kam die DVU-Veranstaltung öffentlich unter Druck und konnte nur noch im kleinen Kreise in Rotberg stattfinden.

PARTEIVERANSTALTUNG DER DVU IN BREMERHAVEN!!

WIR HABEN HEUTE IN DER NACHT VOM 5.auf DEN 6. AUGUST 92
DIE SCHEIBEN DES WESTFÄLISCHEN HOFES ,RHEINSTR17 EINGESCHMISSEN.
DIES IST NUR EIN KLEINER DENKANSTOB AN DIE BETREIBERINNEN DES
W.H. DIE DER DVU AM FREITAG DEM 7.8.92 RÄUME ZUR VERFÜGUNG
STELLEN.DIESES SOLLTEN SIE UNTERLASSEN!!DIE DVU HAT WÄHREND IHRES WAHL-KAMPFES -UND TUT DIES IMMER NOCH- EINE WELLE VON HASS UND GEWALT
GEGEN AUSLÄNDISCHE MENSCHEN MIT IHRER RASSISTISCHEN EINSTELLUNG
GESCHÜRT.DIE PROPAGANDA DER DVU REICHT VON DER AUSCHWITZLÜGE
BIS HIN ZUR VERHERRLICHUNG ABSCHEULICHER GREUELTATEN DEUTSCHER SOLDATEN
IM 2.WELTKRIEG.WIR KÖNNEN NICHT DULDEN DAS DER DVU RÄUME ZUR
VERBREITUNG IHRER FASCHISTISCHEN IDEOLOGIE GESTELLT WERDEN,UND
WEHREN UNS GEGEN DIE ETABLIERUNG DER DVU UND ANDERER RECHTSEXTREMER
PARTEIEN.
KEIN FUSSBREIT DEN FASCHISTEN
UNEINGESCHRÄNKTER AUFENTHALT FÜR ALLE FLÜCHTENDEN
HEUTE IST NICHT ALLE TAGE,WIR KOMMEN WIEDER KEINE FRAGE

ANTIFA WIDERSTAND FISHTOWN'92

Wir haben in der Nacht vom 10./11.9. einen Mercedes 300 der Münchner Spekulantenfirma Scherf Baulandentwicklungsgesellschaft am Gröbenufer in Kreuzberg abgebrannt. Der 150.000 DM schwere, nagelneue, knallrote 8.75 BMW entzog sich leider unseren Bemühungen, wegen Sicherheitsglas.
Scherf ist eine Schweinefirma aus München, die unter anderem am Ost/West-Handelszentrum Moritzplatz und Golfplätzen in Brandenburg Geld macht. Mehr wissen wir nicht, das reicht. Daß diese Bonzen, die ihren Reichtum sicher nicht mit ihrer eigenen Hände Arbeit ergattert haben, sich auch noch in Kreuzberg 36 fett machen, war für uns ein Grund mehr zuzuschlagen.
Ein deutliches Zeichen setzen! Bevor wir gehen müßen, laßt uns Bonzen, Yuppies und Spekulantenschweine aus unseren Kiezen jagen!

Rote BMW-Fraktion

PS.: Wir kommen wieder(mit einem größeren Hammer) und machen den Rest Eures Fuhrparks platt, wenn Ihr hier nicht ganz schnell die Biege macht!!!!

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !!!
UNTERSTÜTZT DEN BEFREIUNGSKAMPF DER KURDISCHEN FRAUEN, MÄNNER UND KINDER !!!

Menschen aus verschiedenen kurdisch/türkisch/deutschen Gruppen wollen zur Unterstützung des kurdischen Befreiungskampfes in der nächsten Zeit verschiedene Öffentlichkeitsaktionen und auch eine Demo machen.
Dadurch soll nicht nur die derzeitige Situation in Kurdistan in die Öffentlichkeit gebracht und der Befreiungskampf unterstützt, sondern auch innerhalb der "Bewegung" zu internationalistischem Bewußtsein und internationaler Solidarität aufgerufen werden.

Obwohl auf jeder Demo, vor jedem Heim, auf jedem Flugblatt eben diese internationale Solidarität beschworen wird, ist davon in der Gesamtaussage der meisten Flugis, und auch im politischen Alltag, recht wenig zu merken. So gab es leider weder zu der Zerstörung der kurdischen Stadt Sirnak durch das türkische Militär, noch zum Jahrestag des Putsches in der Türkei, Aktionen in Berlin.

Dabei ist es gerade jetzt, wo sich die Angriffe gegen Flüchtlings- und ImmigrantInnenwohnheime so häufen, daß wir überhaupt nicht mehr reagieren können, wichtig mit internationalistischen Inhalten nach außen zu gehen. Das oft gerufene "schämt euch" zeigt nicht nur den Wunsch als "besserer Mensch" über andere richten zu können, sondern, und das ist wesentlich fataler, das Fehlen von differenzierten, vermittelbaren Inhalten in vielen linken Köpfen.
So denken wir, daß es besonders wichtig ist, immer wieder zu betonen, daß die nach Deutschland geflüchteten Frauen, Kinder und Männer auch ein Teil des Krieges zwischen den reichen und den armen Ländern sind. Es nutzt nichts, sich hinter humanistischen Wunschbildern zu verstecken. Stattdessen müssen wir uns und anderen immer wieder klarmachen, daß die reichen Industrienationen entweder teilen oder sich hinter Stacheldraht bewehrten Mauern verschanzen müssen, da die Menschen aus den seit Jahrhunderten ausgebeuteten und bestohlenen Ländern sonst hierher kommen und sich holen, was ihnen sowieso gehört: ihren Anteil an Reichtum und Wohlstand.

Wir wollen mit der Unterstützung und Zusammenarbeit mit den Menschen aus anderen Ländern schon viel früher anfangen und nicht erst dann, wenn sie hier angeriffen werden. Und wir fänden es gut, wenn dies auch von anderen stärker praktiziert werden würde. So könnte die Situation der Roma in Rumänien, der Tamilen in Sri Lanka und vieler anderer Völker wesentlich genauer beleuchtet und vermittelt werden.
Und gerade, wenn es sich um Menschen aus Befreiungsbewegungen handelt, müssen wir wesentlich genauer herausstellen, wie die Situation in ihren Ländern aussieht, und welche Politik hinter der Vertreibung von Hunderttausenden von Menschen steht.

Es gibt viele und verschieden Wege, faschistische Angriffe und den Rechtsruck in Deutschland zu bekämpfen. So können Heime geschützt, Nazis verprügelt, Flugblattaktionen durchgeführt, besonders rassistische Beamte öffentlich gemacht, faschistische Strukturen gezielt angegriffen und zerschlagen und viele, viele anderer Aktionen gemacht werden.
Ein ganz wichtiger Teil dabei ist jedoch: immer wieder und überall auf internationalistischem Bewußtsein zu bestehen!!
Es macht nicht genug Sinn, gegen Angriffe auf Flüchtlinge hier zu kämpfen und gleichzeitig die Befreiungsbewegungen ohne internationale Solidarität zu lassen.

Beispiel Kurdistan!

Am 16.08.92 täuschte das türkische Militär einen Angriff der PKK vor, um die Stadt Sirnak abzuriegeln, diese Zentimeter für Zentimeter zu durchsuchen und sie dann unter massiven Beschuß zu nehmen, wobei mindestens 300 Menschen getötet, 4 Stadtteile zerstört und 95 % der 20.000 EinwohnerInnen vertrieben wurden. Der Ein- und Ausgang der Stadt wird weiterhin vom Militär blockiert, um die Menschen an der Rückkehr zu hindern.

Staatspräsident Turgut Özal bekräftigte Anfang September in Uludere an der Grenze zu Irak die Entschlossenheit der Türkei zur "Bekämpfung des separatistischen Terrorismus bis in die Ewigkeit". Özal sagte zu Beginn einer Rundreise durch Kurdistan, es gebe kein unlösbares Problem, "solange die nationale Einheit der Türkei garantiert" sei. Er empfahl den Kurden, unwirtliche und unwegsame Bergregionen zu verlassen, um in entwickelteren Regionen eine bessere Zukunft zu haben!

Der Angriff auf Sirnak sollte zugleich grenzüberschreitende Operationen des türkischen Militärs in den Irak einleiten.

Daß ein PKK-Angriff stattgefunden haben soll, wurde diesmal sogar von türkischen, regierungstreuen Zeitungen angezweifelt, obwohl seit Monaten eine massive Hetzkampagne seitens der türkischen Medien läuft.
Mit dieser sollen die Angriffe der türkischen Armee propagandistisch vorbereitet und abgesichert werden.
Weil die kurdischen Zeitungen die tatsächlichen Ereignisse in Einzelheiten beschreiben, sind deren Journalisten schwer vefolgt. Allein im Juli '92 sind neun Journalisten ermordet worden.
Die türkische Regierung fürchtet das Selbstbewußtsein des kurdischen Volkes genauso wie eine weltweite Gegenöffentlichkeit, weil diese z.B. bekannt gibt,

- daß nach Newroz '92 von der Guerilla der ARGK auf die Massaker mit der Zerstörung eines Militär-Stützpunktes in Hakkari und der Tötung von 200 Soldaten geantwortet wurde,

- daß die PKK in weiten Teilen Kurdistans vom Volk unterstützt wird,

- daß auch aus dem irakisch besetzten Teil Kurdistans Leute zur PKK gehen,

- daß sich das türkische Militär in der Regel nachts nicht aus den Kasernen traut,

- daß bei einem Angriff der PKK auf Silvan nicht wie gemeldet 20 KämpferInnen und ein Soldat, sondern 21 Soldaten getötet worden sind.

Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, die Desinformation zu verhindern und eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Darum:
Informiert Euch über die tatsächlichen Ereignisse und Hintergründe des berechtigten Kampfes des kurdischen Volkes.
Beteiligt Euch an Aktionen, plakatiert, sprüht, ruft Parolen und macht, was Euch sonst noch einfällt!!! Und vorallem, laßt Euch was einfallen!!!

Einige Menschen aus der Vorbereitungsgruppe

Einzelpersonen und Gruppen, die Interesse an einer Mitarbeit haben, können sich an folgenden Orten informieren:
Montag 18 Uhr bei Botan, Kurdischer Arbeiterverein, Kottbusserstr.8, 1-36
Di 15-19 Uhr im Nachladen, Waldemarstr.36, 1-36

ANSCHLAG

Brandanschläge auf türkische Reisebüros

Berlin. Unbekannte haben Samstag nacht Brandanschläge auf drei türkische Reisebüros verübt. In der Oranienstraße brannte ein Büroraum teilweise aus. Die Feuerwehr fand nach den Löscharbeiten Reste eines Brandsatzes. Das Feuer in einem weiteren Reiseunternehmen in Schöneberg konnte von Mitarbeitern eines nahen Hotels gelöscht werden. Eine Brandflasche, die auf ein Reisebüro im Tiergarten geworfen wurde, entzündete sich nicht. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt, hieß es weiter.



DAS EINE UND DAS ANDERE[1]

Ingrid Strobl

Die Frage, um die es in diesem Referat primär gehen soll, ist die, wie Feminismus und Internationalismus zusammengehören, beziehungsweise, warum sie so häufig völlig getrennt voneinander auftreten. Um sich diese Frage auch nur zu stellen, müßte man erst klären, was unter den beiden Begriffen Feminismus und Internationalismus zu verstehen ist, wie sie definiert werden oder wie man selber sie definiert. Und exakt hier fangen die Probleme schon an. Beide Begriffe werden heute äußerst inflationär und gleichzeitig schlampig und subjektivistisch verwendet. Feministisch kann sich jede Frau nennen, die ein paar sogenannte "Frauenbücher" im Regal stehen hat. Und als Internationalist kann sich jeder Linke fühlen, der einmal 50 Mark auf das Konto "Waffen für El Salvador" gespendet hat. Die "Feministin" mit den Frauenbüchern im Regal kann ansonsten ruhig Karriere machen und sich nicht einen Deut um ihre weniger begünstigten "Schwestern" scheren. Und der "Internationalist" mit der Spendenquittung kann weiterhin in "exotische" Länder reisen, weil man da so schön billig Urlaub machen kann und die einheimischen Bauern so gastfreundlich sind.

Eine Definition, die kritischem Hinterfragen standhalten würde, gibt es für keinen der beiden Begriffe mehr. Es gibt nicht einmal das Bedürfnis nach einer eindeutigen Definition: Der allumfassende Pluralismus, das heißt, die Beliebigkeit, die zur nordwestlichen Befindlichkeit auch linker/feministischer Menschen gehört, lehnt jede inhaltliche Verbindlichkeit gerne als "dogmatisch" ab.

Internationalistisch kann sich jedoch nur nennen, wer sich zumindest des herrschenden Rassismus bewußt ist: als eines Fundamentes von Herrschaft und als eines wesentlichen Bestandteiles seiner selbst. Nur wenn die eigene - unvermeidliche - Prägung durch Jahrhunderte des Kolonialismus und des Antisemitismus erkannt und problematisiert wird, hat die Entwicklung eines ernsthaften Antirassismus überhaupt eine Chance. Ebenso ist es für einen ernstzunehmenden Feminismus unabdingbar zu sehen, wie tief die Vorstellung von einer "natürlichen" Anderswertigkeit der Geschlechter in den Köpfen und Herzen der Menschen sitzt.

Sowohl Sexismus als auch Rassismus sind den Menschen durch jahrhundertelange Konditionierung zu einer "zweiten Natur" geworden, und es ist noch schwieriger, an diesen "Selbstverständlichkeiten" zu rütteln als an den Produktionsverhältnissen. Der Glaube, es gäbe natürliche Unterschiede und damit natürliche Hierarchien zwischen den Geschlechtern und den Völkern (den "Rassen"), steckt tendenziell in allen Menschen, in uns als Metropolenkindern ebenso wie in den Kolonisierten, in den Männern wie in den Frauen. Frantz Fanon hat bereits in den 50er Jahren analysiert, daß der Kolonialismus auch die Seelen und die Gehirne seiner Opfer kolonialisiert. Das heißt, Schwarze können ein Sklavenbewußtsein haben, das auch nach der Abschaffung der Sklaverei weiterbesteht. Parallel dazu kämpfen Frauen nicht "nur" gegen das Patriarchat, sondern auch gegen ihre eigene Sklavinnenmentalität. Schwarze Frauen trifft auch diese Problematik doppelt. Assata Shakur beschreibt zum Beispiel, wie sich schwarze junge Frauen in den USA mit bleichenden Cremes mißhandeln und die Locken glätten. "Logisch": Frauen müssen "schön" sein, und "schön" sein heißt, weiß sein.

Rassismus wie Sexismus sind keine reinen Erscheinungsformen, man kann sie nicht in den Überbau verweisen und behaupten, mit der Umwälzung der Produktionsverhältnisse würden - mit den Klassen - auch diese beiden "Probleme" verschwinden. Man kann Rassismus und Sexismus nicht, wie es gelegentlich geschieht, gleichsetzen, doch beide, Rassismus wie Sexismus, weisen zum Teil die gleichen, zum Teil ähnliche Ursachen auf, beide haben zum Teil ähnliche Auswirkungen, beide sind Grundbedingungen für das Funktionieren der heutigen Produktionsverhältnisse, für das Funktionieren des Imperialismus. Produktionsverhältnis, Sexismus und Rassismus sind eng miteinander verflochten, und wie diese Verflechtung wo unter welchen Bedingungen aussieht, das ist noch lange nicht ausreichend untersucht. Wir stehen hier erst am Beginn einer - dringend notwendigen - Analyse. Diejenigen, die sich, quer über die Kontinente, mit all diesen Fragen und Zusammenhängen befassen, haben sich auf den Begriff *triple oppression* geeinigt, um dieses komplizierte Geflecht begrifflich zu fassen.

Hinter diesen Begriff kann heute niemand mehr zurückfallen, die oder der den Anspruch erhebt, Internationalist/in zu sein beziehungsweise (im alten, radikalen Sinne:) Feministin. *Triple oppression* ist vorläufig nur eine erste Einsicht, ein Ausgangspunkt, von dem aus sowohl Theorie wie auch Praxis sich erst (weiter)entwickeln müssen. Warum allerdings, trotz bester Absichten, die Diskussion nur allzuoft bei der Einsicht in die Komplexität und Verwobenheit von triple oppression stehenbleibt, und sich weder Theorie noch Praxis (weiter)entwickeln, das liegt nicht nur an der Bequemlichkeit oder Beschränktheit der Beteiligten. Das ständige Sichbewußtmachen aller drei

Komponenten und schon gar ihre Bekämpfung (extern wie intern sozusagen) erfordern eine Unmenge Kraft und Zähigkeit und (politische) Zusammenhänge, die hier kaum (noch) irgendwo gegeben sind.

Historisch haben sich (in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, also in der Zeit, auf die wir uns hier vorwiegend beziehen) die Analysen und die Kämpfe gegen das Patriarchat und gegen den Rassismus getrennt voneinander entwickelt und in Teilen feindlich zueinander. Nur wenige konnten den Zusammenhang erkennen, diese wenigen, auf die ich gleich noch zurückkommen werde, waren einige schwarze Frauen in den USA.

Der neue Feminismus entstand Mitte der 60er Jahre in den USA, sprang auf Europa über und entwickelte sich zu einer tatsächlichen Bewegung: massenhaft, laut, stark und radikal. Diese Bewegung kam quasi aus dem Nichts, zumindest erschien es uns damals so: Es gab außer Simone de Beauvoirs "Das andere Geschlecht" kaum Literatur, keine Theorie, die unserer Rebellion recht gab oder gar eine Grundlage. Später haben wir herausgefunden, daß sich Frauen schon lange vor uns wiederholt und in aller Herren Länder gegen ihre Unterdrückung erhoben und sie auch sehr klug analysiert haben. Damals aber kannten wir nichts als unsere innere Gewißheit, daß es, so wie es ist, nicht bleiben kann.

Obwohl all das nur ein Viertel Jahrhundert her ist, ist es heute notwendig, darauf hinzuweisen, aus welcher Welt wir (die weißen Frauen in Europa und den USA) kamen, gegen welche Welt wir uns erhoben haben: Eine Frau, die damals ein uneheliches Kind hatte, war keine alleinerziehende Mutter, sondern eine Schlampe, der die Fähigkeit, ein Kind zu erziehen, abgesprochen wurde: Das Sorgerecht hatte das Jugendamt, sie hatte die Schande. Eine Abtreibung war nicht nur schwer zu bekommen, sondern, zumindest für Frauen, die sich keinen Arzt leisten konnten, auch lebensgefährlich. Ehefrauen, die außer Haus arbeiten wollten, brauchten dafür die schriftliche Genehmigung ihres Ehemannes. Ehemänner wiederum hatten das gesetzlich verbriefte Recht, "ihre" Frauen zu verprügeln. Sexualität bedeutete für die meisten Frauen in erster Linie: Angst vor einer Schwangerschaft. Nichtheterosexuelle Sexualität war gesellschaftlich vollkommen geächtet.



All das vergißt man so leicht, und die heutigen jungen Frauen können sich das kaum noch vorstellen. Aus dieser Realität also und aus dieser Atmosphäre ist der Schlachtruf der Frauenbefreiung hervorgebrochen und ist schließlich etwas entstanden, das wirklich radikal war, in dem Sinne, daß es an die tatsächlichen Wurzeln ging. Die Studentenbewegung hatte zwar die bürgerliche Kleinfamilie angegriffen, eventuell noch die Ehe, aber jede Infragestellung der Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern verweigert. In der Geschlechterfrage verhielt sich die Studentenbewegung konsequent konservativ. Die sexuelle Revolution begriffen viele Genossen als Freibrief auf alle Genossinnen, die sexuelle Unterdrückung der Frauen leugneten sie schlichtweg. Was sie dem anderen Geschlecht zugestanden, war - im Rahmen der Arbeiterklasse - eine gewisse ökonomische Überausbeutung, die jedoch nach der Revolution automatisch behoben würde, wie die "Frauenfrage" überhaupt. Vergewaltigung, Mißhandlung von (Ehe-)Frauen, überhaupt Gewalt gegen Frauen war für sie kein Thema ihrer Theorie und gelegentlich Teil ihrer Praxis.

Es ist kein Zufall, daß viele Frauen und auch viele Protagonistinnen der neuen Frauenbewegung aus der neuen Linken kamen. Sie haben die Doppelmoral ihrer Genossen häufig im wörtlichen Sinne am eigenen Leibe erfahren. Sie saßen mit ihnen in den Vorlesungen, sie besetzten mit ihnen die Institute oder den Campus, sie kämpften Seite an Seite mit ihnen in den Straßenschlachten. Und stellten fest, daß sie nichts weiter waren, und auch bleiben sollten, als nützliche Anhängsel. Aus dieser persönlichen Erfahrung von vergleichsweise privilegierten Frauen erwuchs die Entdeckung der Ungeheuerlichkeit, die dem Geschlechterverhältnis zugrunde liegt: des Subjekt-Objekt-Verhältnisses zwischen Mann und Frau in einer patriarchalen Gesellschaft. Damit wurden die Machtverhältnisse in einem Ausmaß erkennbar, das weit über die ökonomischen Zusammenhänge hinausgeht. Das Problem waren nicht einfach die Leichtlohngruppen. Das Problem war, daß der Mann sich als das Subjekt begreift, das *Eigentliche*, und die Frau als das Objekt, das *Andere*, das von ihm, dem Mann, definiert und bestimmt wird. Mehr noch: Parallel zu dem, was Fanon in den 50er Jahren für die kolonisierten Völker analysiert hatte, entdeckten Frauen in den Metropolen ihre Sklavinnenmentalität, die "Kolonisierung ihrer Seelen und Gehirne", als einen Teil des Problems.

Die radikale Frauenbewegung entstand, indem sich ein Teil der Frauen von der neuen Linken löste und eine Umwälzung aller Verhältnisse, eine Aufhebung jeder Herrschaft forderte. Ihre zeitweilige Massenhaftigkeit und Stärke gewann sie daraus, daß sie Probleme aufgriff, die alle Frauen betrafen, wie etwa die Abtreibungsgesetze und die männliche Gewalt. Sie erkannte und benannte den klassenübergreifenden Charakter der Frauenunterdrückung: Alle Frauen können Opfer von Vergewaltigung werden, alle Frauen werden qua Geschlecht als minderwertig und als männlicher Privatbesitz betrachtet. Dabei wurde - in der Aufbruchsphase - der klassenspezifische Charakter des Patriarchats nicht geleugnet. Der Feminismus war keine Einschränkung (auf die "Frauenfrage"), sondern eine Erweiterung und Radikalisierung von politischer Theorie und Praxis. Der Satz "Das Private ist politisch" war ursprünglich eine Aussage darüber, daß die politischen Verhältnisse nicht verstanden werden können, wenn nicht die privaten Verhältnisse in die Analyse miteinbezogen werden, daß das Funktionieren der bürgerlichen Gesellschaft auf dem Funktionieren der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und der Hierarchie der Geschlechter basiert, und daß die bürgerlichen Besitzverhältnisse die private Verfügungsgewalt des Bürgers über "sein Weib" voraussetzen. Diese Erkenntnis, von der heute jeder achselzuckend behaupten würde, das sei "eh klar", war damals überhaupt nicht klar (und ist auch heute noch weitgehend unbegriffen). Im Gegenteil, wer sie vertrat, wurde als Verräterin, als klassenspalterisch, als hysterische Zicke und - das Schlimmste, was Männer sich ausdenken können: als Lesbe tituliert. Die Männer der Linken verweigerten jede Bereitschaft, die eigenen Geschlechtsprivilegien in Frage zu stellen (so wie die weiße Linke und auch der weiße Feminismus die eigenen "Rassen"privilegien nicht anzutasten bereit waren). Ein Teil der Frauen zog die Konsequenzen: "Genossen auf der Straße, Faschisten im Bett" riefen italienische Feministinnen ihren Ex-Genossen zu, als sie mit Eklat aus Lotta continua austraten. Die radikale Frauenbewegung organisierte sich autonom. Die Konsequenzen dieses Auszuges der Frauen für die weitere Entwicklung - sowohl der neuen Linken als auch des Feminismus - zu untersuchen, wäre eine spannende Aufgabe, die meines Wissens noch niemand ernsthaft begonnen hat. Fest steht, daß ein Teil der Linken das antiautoritäre Aufbegehren gegen die kleinbürgerliche Rigidität anachronistischer Kaderpartei-Imitation vertauschte, die so weit ging, von den Genoss/inn/en zu verlangen, sie müßten eine bürgerliche Ehe führen, um dem Volk nahe zu sein.

Eines allerdings war ihnen beiden gemeinsam - den "verlassenen" Linken und der neuen Frauenbewegung: Trotz ihrer Hochrufe auf die internationale Solidarität, obwohl sie weiterhin diverse Solidaritätskomitees etc. gründeten, - Rassismus war für sie kein Thema, weder der Rassismus der Herrschenden, geschweige denn der eigene. Die radikalen Feministinnen in den USA, von denen viele aus der Bürgerrechtsbewegung kamen, stellten fest, daß sie für die Rechte anderer - der Schwarzen - gekämpft und gleichzeitig die eigene Rechtlosigkeit - als Frauen - hingenommen hatten. Eine für sich genommen richtige Erkenntnis, doch die Konsequenz war häufig, das eine nun für das andere völlig aufzugeben. Gleichzeitig wurde die Frage, warum diese neue Frauenbewegung vorwiegend weiß war, verdrängt. Was die weißen Frauen aus der Analyse ihrer kollektiven und individuellen Geschichte an Einsichten gewannen, wurde nicht mehr daraufhin überprüft, ob es auch auf die schwarzen "Schwestern" zutraf, deren kollektive und auch individuelle Geschichte doch weitgehend eine andere war.



Die schwarze Revolte in den USA weist, bei allen gravierenden Differenzen, frappierende Parallelen zur Frauenbefreiungsbewegung in ihren (radikalen) Anfängen auf. Auch den Schwarzen ging es nicht mehr "nur" um ökonomische Veränderungen oder "gleiche Rechte" in der bestehenden Gesellschaft. Auch sie stellten fest, daß die Gewalt der weißen Herrschaft über das hinausgeht, was mit einem marxistisch-leninistischen Instrumentarium zu fassen ist. Auch sie denunzierten das Subjekt-Objekt-Verhältnis - als ein Fundament der "Rassen"unterdrückung: die Tatsache, daß der weiße Mann sich als das Eigentliche, das Subjekt begreift und alle Nichtweißen als die Anderen, als Objekte, die seiner Definitionsmacht und damit generell seiner Bestimmung unterliegen. Und daß die "Zivilisation", deren der weiße Mann sich rühmt, nicht "nur" auf direkter Gewalt beruht, sondern sich auch auf eine Philosophie beruft, die "begründet", warum es "natürlich" und rechtens sei, Menschen mit einer anderen Hautfarbe zu unterwerfen, zu quälen, auszubeuten und zu töten.

Die Einsicht in die Totalität des Rassismus führte zu einem auch kulturrevolutionären Impetus. *Black consciousness, black history* bekamen einen äußerst wichtigen Stellenwert. Wie die Frauen fragten sich auch die Schwarzen: Was ist unsere Geschichte? Wer bestimmt darüber, wie wir selbst uns begreifen? Und: wie weit teilen wir selbst die Verachtung der Weißen für alles, was schwarz ist? *Black is beautiful* war nicht nur ein Slogan und bezog sich nicht nur auf das Aussehen. Während die (weißen) Frauen entdeckten, daß ihre (weißen) Genossen gar nicht daran dachten, die Machtverhältnisse zwischen den Geschlechtern umzustürzen, forderte ein Teil der Schwarzen in den USA bereits eine radikale Selbstorganisierung. Sie hatten, nach Jahren der Bürgerrechts-, der Antivietnam- und zum Teil auch der Studentenbewegung, die Beschränktheit weißer Solidarität erkannt, die immer da ihre Grenze fand, wo weiße Privilegien ernsthaft in Frage gestellt oder weiße Dominanz entschieden abgelehnt wurde. Ein Teil der schwarzen Aktivistinnen und Aktivisten verließ die gemischtfarbigen Zusammenhänge und organisierte sich autonom. *Black Power* gegen *Black and White Together*. Gruppen und Parteien wie die Black Panther kämpften (ehe sie in einem vom FBI gesteuerten Repressionsprogramm brutal zerschlagen wurden) nicht "nur" um die politische, sondern auch um eine Kulturrevolution, die all die alten "Selbstverständlichkeiten" und weißen Lügen sprengen sollte. - Alle, nur nicht die über die "natürlichen" Unterschiede der Geschlechter. Alle (Macht-)Verhältnisse sollten revolutioniert werden, nur nicht das (Macht-)Verhältnis zwischen den Geschlechtern.

Was einen historischen Moment lang in den 60er Jahren als gemeinsame Praxis möglich geschienen hatte: eine gemeinsame Revolte von Frauen und Männern, Schwarzen und Weißen in der Metropole, erwies sich als Illusion, als eine von weißen Männern dominierte und inhaltlich bestimmte Veranstaltung, die folgerichtig in ihre Einzelkomponenten zerfiel. Kaum jemand war damals fähig oder auch nur bereit, den weiterhin bestehenden Zusammenhang zu sehen zwischen den nunmehr getrennt untersuchten und (mehr oder weniger) bekämpften Ursachen und Methoden von Herrschaft, von Ausbeutung und Unterdrückung. Die einzigen (zumindest die einzigen, deren Texte heute erhältlich sind), die begriffen hatten, daß das eine mit dem anderen zusammenhängt, waren Frauen, die sich im Rahmen der Black Panther zu eigenen, Frauen-Gruppen zusammengeschlossen hatten. Sie blieben ungehört, denn sie vertraten eine absolut minoritäre und avantgardistische Position, mit der sie quasi zwischen allen Fronten standen, genauer: an allen Fronten kämpften: Gegen den (unbewußten oder auch bewußten) Rassismus der überwiegend weißen Feministinnen und gegen den Sexismus der männerdominierten schwarzen Bewegung. In einem Aufsatz mit dem Titel "Doppelte Gefährdung: Schwarz und Frau zu sein" stellt Frances M. Beal 1968 die Position dieser Frauen dar.

"Leider existiert heute in der Bewegung anscheinend einige Verwirrung darüber, wer wen unterdrückt. Seit dem Beginn von *Black Power* hat der schwarze Mann eine hervorragende Führerrolle in unserem Kampf für Gerechtigkeit in diesem Land ausgeübt. Im großen und ganzen sieht er das System, wie es wirklich ist, aber obwohl er in vielen Fällen die Wertungen und Bräuche des Systems zurückweist, verhält er sich, wenn es um das Problem der Frauen geht, als nehme er seine Richtschnur von den Seiten des Ladies' Home Journal. Gewisse schwarze Männer behaupten, daß sie von der Gesellschaft kastriert worden seien und daß die schwarzen Frauen jedoch von dieser Verfolgung verschont geblieben seien und sogar zur ihrer Entmannung beigetragen hätten. Laßt mich hier und jetzt festhalten, daß die schwarzen Frauen in Amerika adäquat als Sklavinnen von Sklaven beschrieben werden können. (...) Es stimmt, daß unsere Männer, Väter, Brüder und Söhne entmannt wurden, gelyncht wurden, brutalisiert wurden. (...) Es ist jedoch eine grobe Entstellung der Tatsachen zu behaupten, daß die schwarzen Frauen die schwarzen Männer unterdrückt hätten. Das kapitalistische System fand es vorteilhaft, sie zu versklaven und zu unterdrücken, und tat dies, ohne die schwarzen Frauen zu befragen oder mit ihnen einen Vertrag darüber abzuschließen. Es muß hier auch betont werden, daß die schwarzen Frauen über den Machtzuwachs der schwarzen Männer nicht aufgebracht sind. Im Gegenteil: Wir begrüßen ihn. Wir sehen darin die schließliche Befreiung aller schwarzen Menschen von diesem korrupten kapitalistischen System angelegt. Das bedeutet jedoch nicht, daß man das eine für das andere aufgeben muß. Es ist eine trügerische Einbildung zu meinen, damit der schwarze Mann stark sein kann, muß die schwarze Frau schwach sein. Die ihre Männlichkeit beweisen, indem sie der Frau befehlen, in eine häusliche, unterwürfige Rolle zurückzufallen, nehmen eine konterrevolutionäre Position ein. Die schwarzen Frauen sind vom System genauso mißhandelt worden. Und wir müssen damit beginnen, über die Auswirkung von jeder Unterdrückung zu reden. Wenn wir darüber reden, ein starkes Volk zu bilden, das dazu fähig ist, das Joch der kapitalistischen Unterdrückung abzuwerfen, dann reden wir über die totale Beteiligung jeden Mannes, jeder Frau und jedes Kindes, jeder von ihnen mit einem hoch entwickelten politischen Bewußtsein. Um mit dem Feind fertig zu werden, brauchen wir unsere ganze Armee dort draußen, nicht eine halbe. (...) Die neue Welt, die wir zu schaffen versuchen, muß jede Art von Unterdrükkung zerstören. Der Wert dieses neuen Systems wird sich an dem Status der Person bemessen, die der untere Mann am Totem-Pfahl war. Wenn nicht die Frauen irgendeiner versklavten Nation ganz und gar befreit sind, kann die Veränderung überhaupt nicht Revolution genannt werden. Wenn die schwarze Frau zu der Position, die sie vor dem bewaffneten Kampf innehatte, zurückkehren muß, ist die ganze Bewegung und der ganze Kampf zurückgefallen hinter das Ziel, die kolonisierte Bevölkerung wirklich zu befreien. Eine Volksrevolution, die die Beteiligung jedes einzelnen Mitgliedes der Gemeinde, sei es Mann, Frau oder Kind verlangt, führt bestimmte Veränderungen der Beteiligten herbei als Ergebnis ihrer Beteiligung. Hat man einmal einen Funken Freiheit gesehen oder ein bißchen Selbstbestimmung erlebt, kann man nicht zur alten Routine zurückkehren, die unter einem rassistischen, kapitalistischen System etabliert ist. Wir müssen begreifen, daß eine Revolution nicht nur die Bereitschaft erfordert, unser Leben in die Schußlinie zu stellen und ermordet zu werden. In gewisser Weise ist es einfach, sich dazu zu verpflichten. Für die Revolution zu sterben ist eine Ein-Schuß-Angelegenheit. Für die Revolution zu leben bedeutet, die schwierige Verpflichtung auf sich zu nehmen, seine tägliche Lebenspraxis zu ändern. Das bedeutet, wir werden die eingefahrene Routine ändern müssen, die wir als Ergebnis eines Lebens in einer total korrumpierten Gesellschaft angenommen haben. Es bedeutet, das Verhältnis zu deiner Frau, deinem Mann, deinen Eltern und Kollegen zu verändern. Wenn wir uns als Volk befreien wollen, müssen wir wissen, daß schwarze Frauen sehr spezifische Probleme haben, denen Rechnung getragen werden muß. Wir müssen gemeinsam mit dem Rest der Bevölkerung befreit werden. Wir können nicht damit warten, diese Probleme aufzugreifen, bis der große Tag der Zukunft kommt, an dem die Revolution auf wunderbare Weise eingetroffen ist."[2]

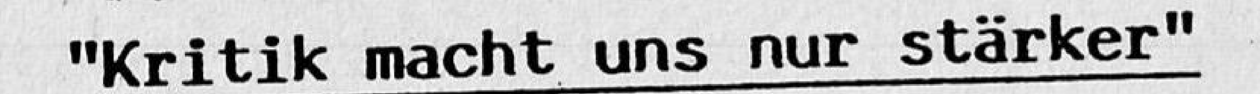
Heute, ein Vierteljahrhundert später, gibt es - aus zum Teil sehr unterschiedlichen Gründen - kaum noch Erinnerungen an die radikalen Erkenntnisse und Forderungen dieser Zeit. Eine Frauenbewegung - im Sinne einer auch nur ansatzweisen inhaltlichen Verbindlichkeit - existiert nicht mehr in den Metropolen. (Während in Ländern des Trikonts eigene, originäre Frauenbewegungen und feministische Theorien entstanden sind, die teilweise in ihren Gesellschaften zunehmend an Bedeutung gewinnen.) Zwar versuchen inzwischen einzelne und vereinzelte Gruppen, im Sinne des Begriffes triple oppression, die Verflochtenheit von Rassismus und Sexismus und ihren jeweiligen Zusammenhang mit den ausbeuterischen Produktionsverhältnissen zu untersuchen, doch die jeweiligen Theorien bzw. Politiken - Antirassismus und Feminismus - stellen für sich den Zusammenhang noch immer nur in Ausnahmefällen her. Eine Einseitigkeit, die - das sei hier abschließend und zusamenfassend noch einmal gesagt - letztlich inkonsequent ist. Denn Feminismus (und für Antirassismus ließe sich parallel dasselbe sagen) impliziert per se Antirassismus, so denn Feminismus, wie in den 60er Jahren, den Anspruch erhebt, das Subjekt-Objekt-Verhältnis zwischen Menschen (nicht "nur" zwischen den Männern und Frauen einer bestimmten Klasse und/ oder "Rasse") aufzuheben.



ANMERKUNGEN

1: Bei diesem Beitrag handelt es sich sich um einen überarbeiteten Vortrag, der auf der Tagung SOZIALE BEWEGUNGEN UND SOZIALISMUS IM 20. JAHRHUNDERT gehalten wurde. Die Veranstaltung, die am 23./24. November 1991 in Hamburg stattgefunden hat, wurde von der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts organsisiert.

2: Frances M. Beal: Doppelte Gefährdung: Schwarz und Frau zu sein, in: Frauen gemeinsam sind stark. Texte und Materialien des Women's Liberation Movement in den USA, Frankfurt/M 1972.



"Kritik macht uns nur stärker"

Sämtliche in der "Interim" erschienenen Texte von den RZ und zur Diskussion dazu sowie weitere Beiträge aus der "wildcat" und dem "ak" sind nun wieder in einer 72 Seiten dicken Broschüre erschienen. Kostet 5.-DM und Porto und ist gegen **Vorauskasse** (bar, Briefmarken) zu be**ziehen** über:

Buchladen "Schwarze Risse"
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

1 Exemplar kostet 5.-DM plus 1.20 DM Porto
2 - 4 Exemplare kosten je 5.-DM plus 2.-DM Porto
ab 5 Exemplaren je 3.50 DM/Ex. und bis 9 Ex. 3.-DM Porto, bei mehr Ex. **0.–** DM Porto.

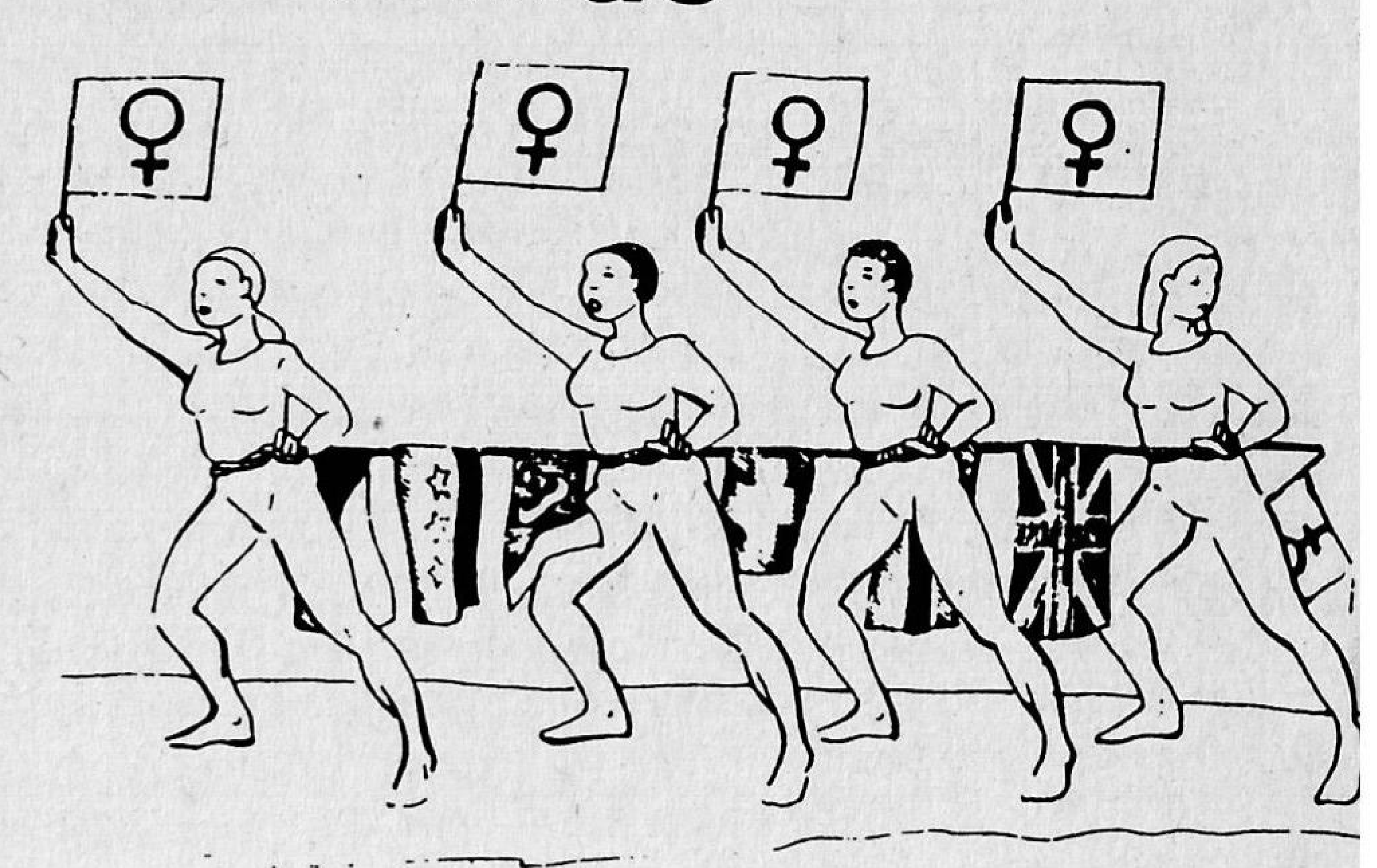
Freibrief für rassistische Mörder !

Ein vorläufiges Ende fand heute (14.09.92) unter massivem Bullenschutz der sogenannte Skinhead-Prozeß von Eberswalde in Frankfurt/Oder.
Mit geradezu lächerlichen Bewährungsstrafen zwischen zwei und vier Jahren wurden Ronny Jawetzki(20), Marek Jordan (19), Steffen Hübner (19) und Jordan Klimpel (21) wieder nach Hause geschickt (damit sie in Ruhe die nächsten Anschläge vorbereiten können).
Lediglich Sven Böcker, der schon 1989 wegen Körperverletzung zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde, muß nun für drei Jahre und sechs Monate hinter Gitter.
Auch an diesem letzten Verhandlungstag ließ es Richter Kamp (47) an Zynismus nicht fehlen. So bekundete er bei seiner Urteilsbegründung, daß Sven Glück gehabt hätte, daß er bei einem seiner Opfer nicht die Halsschlagader mit seinem Messer getroffen hätte. Hatte das Opfer nicht vielmehr das Glück, daß es noch lebt ?
Das Urteil wurde von den Angeklagten und vor allem dem Verteidiger Steffen Hübners, Arik Kohrs, mit einem verschmitzten Lächeln zur Kenntnis genommen.
Direkt nach der Strafverkündung wurden zwei Zuschauer, die gegen das milde Urteil protestierten, mit äußerster Brutalität des Saales verwiesen. Vor dem Gebäude wurden dann noch 3 AntifaschistInnen unter anderem wegen Beleidigung ("Bullen") festgenommen.

Infoladen OMEGA.



Sven Böcker, einer der hauptangeklagten Nazis in Eberswalde bei seiner Medienpräsentation



"Frauen können sich Nationalismus nicht leisten!"

Das Massaker, das wir heute als Golfkrieg bezeichnen, endete vor über einem Jahr, aber ich denke immer noch über Nationalismus, Patriotismus und nationale Befreiungsbewegungen nach. Ich komme mehr und mehr zu der Überzeugung, daß die Welt im allgemeinen und die Frauen im besonderen sich den Nationalismus nicht leisten können.
Vor ungefähr einem Jahr wurde ich von einer Gruppe hier in den USA eingeladen, einen Vortrag über die Reaktion der Mittelamerika-Solidaritätsbewegung auf den Golfkrieg zu halten. Ich besprach mit meiner Freundin, was ich sagen wollte. Sie hörte mir ein paar Minuten zu und begann dann zu kichern: "Wenn Du nicht aufpaßt", sagte sie, "wirst Du noch den Trotzkismus neu erfinden."

Sicher hat sie Recht damit, daß sich schon viele größere Geister als ich, MarxistInnen, LeninistInnen und Feministinnen an der Frage versucht haben, ob der Nationalismus eine progressive oder reaktionäre Kraft ist bzw. sein kann. Manchmal muß man allerdings auch solche Dinge wie das Rad neu erfinden oder zumindest noch einmal überprüfen. Meine Freundin hat ebenfalls Recht, wenn sie sagt, daß ich anscheinend eine Art feministischen Internationalismus vorschlage. Das ist in der Tat die einzige Antwort auf den drohenden Triumph des internationalen Kapitalismus, die ich mir vorstellen kann.(...)

Die Eile der Regierung Bush, ein Freihandelsabkommen mit Mexiko festzuklopfen und das ganze GATT-Abkommen unter Dach und Fach zu bringen, macht deutlich, daß unser Gegner international agiert. In zehn oder fünfzehn Jahren werden wir vielleicht miterleben, daß weltweit ein Lohn in der Höhe des Existenzminimums durchgedrückt wird, sogar hier in den USA. Es reicht nicht, wenn man versucht "amerikanische" Arbeitsplätze gegen japanische oder mexikanische ArbeiterInnen zu verteidigen. Der nationalistische Slogan "Kauft amerikanisch!" wird nicht verhindern können, daß diese Arbeitsplätze schließlich ins Ausland abwandern. Nur eine internationalistische Antwort - die Löhne und Arbeitsbedingungen in anderen Ländern zu verbessern - wird dieses Ziel erreichen.

Eine Nation für Frauen?

Mein Lexikon definiert Nationalismus als "Loyalität und Aufopferung für eine Nation; insbesondere ein Gefühl des Nationalbewußtseins, das eine Nation für besser als alle anderen hält und mit besonderem Nachdruck ihre Kultur und ihre Interessen im Gegensatz zu denen anderer Nationen oder supranationaler Gruppen hervorheben will." Es gibt sicher umfassendere Definitionen aber diese Definition ist für unsere Zwecke gut genug.

Für viele Frauen ist nicht die Tatsache, daß sie Frauen sind das größte Handicap im Leben, sondern die Tatsache, daß sie die "falsche" Hautfarbe haben und/oder die "falsche" Sprache sprechen und/oder, daß sie arm sind und/oder, daß sie in einem Land leben, das von einer imperialistischen Macht kolonisiert worden ist. Ist nicht der Nationalismus der sicherste Weg zur Befreiung für diese große Zahl von Frauen, für die nicht die Vorherrschaft der Männer die unmittelbarste Quelle ihrer Unterdrückung ist? Das Problem mit dem Nationalismus ist, daß er auf die Widersprüche, die in diesem und/oder liegen, nicht eingeht.

Was nützt es einer armen Frau in einem südlichen Land, wenn sie ihre kolonialen Herrscher abschüttelt, aber eine lokale Bourgeoisie deren Platz einnimmt und die arme Frau nach wie vor ihren halben Tag damit verbringen muß, Wasser zu tragen? Wahrscheinlich muß sie zunächst ihre kolonialistischen Beherrscher abschütteln. Um das tun zu können, muß sie sich dort, wo sie lebt, mit anderen zusammentun, auf der gemeinsamen Grundlage, daß sie alle von der Kolonialmacht unterdrückt werden. Aber solange der Reichtum ihres Landes ungerecht verteilt bleibt und solange sie noch keinen gleichen Anteil an der politischen Macht hat, ist sie noch nicht frei.

Und selbst, wenn diese Ziele erreicht sind, ist sie immer noch innerhalb und außerhalb ihres Hauses männlicher Gewalt, wirtschaftlicher Diskriminierung und der doppelten Arbeitsbelastung ausgesetzt, sie ist immer noch nicht frei. Nationalismus hat für Frauen in ihrer Eigenschaft als Frauen keinen Wert. Der Nationalismus verlangt von den Frauen (wie auch von anderen Untergruppen innerhalb der Nation), daß wir unsere Interessen als Frauen im Interesse nationaler Ziele, die allzu oft vermengt werden mit den Interessen der Männer der Nation, hintanstellen. Nationalisten sehen in dem Wunsch von Frauen, ihre Fruchtbarkeit zu kontrollieren, einen Verrat an dem angeblichen Bedarf der Nation an mehr Bürgern.

Der Nationalismus verlangt, daß die "besonderen" Bedürfnisse der Frauen zurückgestellt werden, bis der nationale Notstand vorüber ist (oder die Nationenbildung abgeschlossen ist). Aber wenn die Bedürfnisse der Frauen, wie zum Beispiel gleichberechtigte Partizipation am wirtschaftlichen Leben der Nation oder die Freiheit von der alleinigen Verantwortung für Hausarbeit und Kindererziehung nicht erfüllt werden, können die Frauen nicht am politischen Leben der Nation teilnehmen und können auch die Art, wie dieses politische Leben sich entwickelt, nicht beeinflussen. Wir haben im wahrsten Sinne des Wortes weder die Zeit noch die Energie dafür.

In den USA und manchen europäischen Ländern entstand in den 70er und 80er Jahren ein lesbischer Separatismus, der Versuch, eine Art Nationalismus für Frauen zu kreieren. Lesbische Feministinnen träumten davon, etwas zu schaffen was Jill Johnston als "lesbische Nation" definierte, getrennt von und in Opposition zu einer männlich dominierten Gesellschaft. Zu dieser Zeit und an diesem Ort (und wie ich vermute auch in den meisten anderen Fällen) war es durch-



aus sinnvoll, sich als Antwort auf die männliche Suprematie autonom als Frauen zu organisieren.

Bedauerlicherweise hatte der Versuch, über die autonome politische Organisierung hinauszugehen und eine Gesellschaft nur für Lesben zu schaffen, zur Folge, daß wir es mit genau denselben nationalistischen Widersprüchen von Rasse und Klasse und sogar Geschlecht zu tun bekamen. Das hat verhindert, daß der lesbische Separatismus ein Mittel zur Befreiung der Frauen werden konnte. Ähnlich wie viele schwarze Nationalisten riefen viele lesbische Separatistinnen dazu auf, unabhängige lesbische Institutionen für Frauen zu schaffen, eine Geschäftswelt für Frauen - jedoch ohne die Klassenbeziehungen in dieser Geschäftswelt zu untersuchen (wer profitiert, wer wird ausgebeutet).

Der separatistische Ansatz, gegen Rassen- oder Klassenwidersprüche anzugehen hat oft zu einer zusätzlichen Segregation geführt; es bildeten sich Gruppen von Frauen, die sich untereinander immer mehr ähnelten. Ich habe Frauen z.B. sagen hören : "Ich bin eine jüdische Separatistin aus dem Arbeitermilieu und deshalb verkehre ich auch nur mit anderen jüdischen Lesben aus dem Arbeitermilieu". Es ist nicht verwunderlich, daß die endlose Unterteilung in immer kleinere Milieugruppen nicht dazu geführt hat, die politische Durchschlagskraft der beteiligten Frauen zu erhöhen.

Gibt es einen guten Nationalismus?

Nicht nur der lesbische Separatismus hat diese Erfahrung gemacht. Ich glaube nicht, daß irgendein Nationalismus auf sehr lange Sicht progressiv sein kann, denn er führt immer dazu, daß die Menschheit in immer kleinere Gruppen von Leuten aufgeteilt wird. Die Gruppen werden immer homogener und immer entschlossener, sich gegen andere, die sich von ihnen unterscheiden, zu verteidigen. Diesen Prozeß können wir heute in der ehemaligen Sowjetunion beobachten.

Die Linke unterscheidet oft zwischen bösem, rechten Nationalismus und gutem, antiimperialistischen Nationalismus. Der rechte Nationalismus umfaßt ein weites Feld. Dazu gehören in den USA normale Patrioten genauso wie weiße Rassisten. Dazu gehören aber auch Fraktionen nationaler Eliten in Ländern wie El Salvador oder den Philippinen, diejenigen, die eher auf das Geld und die Gewehre aus den USA verzichten würden als den Befehlen der US-Botschaft zu gehorchen.

Was am rechten Nationalismus falsch ist, wissen wir. Er führt zum Faschismus. In den USA verhindert er, daß die Arbeiter und armen Leute ihre wahren Feinde identifizieren können, er lenkt ihre Wut gegen die Feinde der nationalen Eliten. Hier in den USA haben wir das in der letzten Zeit an den Versuchen der Medien und der Industrie gesehen, die Arbeiterklasse gegen Japan als den angeblich Schuldigen an der Wirtschaftskrise in den USA aufzubringen.

Wie sieht es aber mit dem "guten" Nationalismus aus, wie steht es mit der nationalen Befreiung? Mein Problem mit dem Nationalismus als einem Weg zur Befreiung ist das, daß er die Machtverhältnisse zwischen Rassen, Klassen und Geschlechtern verdeckt, die innerhalb der Nation existieren. Dabei ist es egal, ob diese Nation die Kolonie einer imperialistischen Macht ist - wie Puerto Rico - oder ob es sich um eine Gruppe unterdrückter Menschen mit gemeinsamer Kultur handelt, die innerhalb eines Landes leben, das die Suprematie einer anderen Kultur institutionalisiert hat. Das ist zum Beispiel die Lage der Afroamerikaner und anderer Farbiger in den Vereinigten Staaten.

Engstirniger Nationalismus kann manchmal die Entwicklung eines antiimperialistischen Kampfes behindern, der eine ganze Region umfaßt. Eine regionale Solidarität ist notwendig, weil keine kleine Nation es alleine mit einer Macht wie den USA aufnehmen kann. Es kam z.B. zwischen den Sandinisten und den Aufständischen in El Salvador zu ernsthaften Spannungen, als 1984 Nicaragua seine Bereitschaft erklärte, die Contadora-Verträge zu unterschreiben, obwohl darin Bestimmungen festgeschrieben waren, die zwar den Contrakrieg beendet hätten, aber auch eine Demobilisierung der Guerilla-Armee der FMLN erzwungen hätte. (Die USA verhinderten die Verabschiedung dieses Abkommens und die FMLN benutzte später weiterhin Nicaragua als eine wichtiges Rückzugsgebiet.)

Kein sicherer Hafen

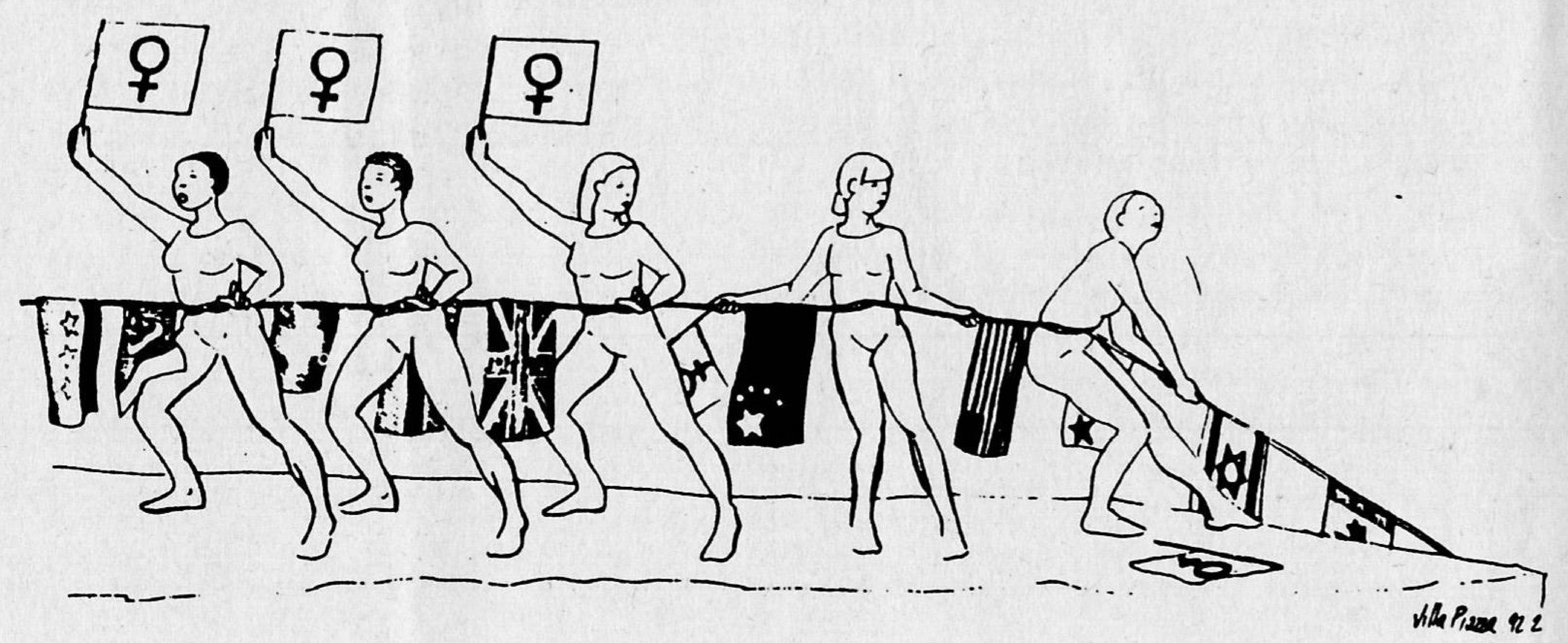
Das beste Beispiel für einen Nationalismus, der kläglich daran gescheitert ist, ein unterdrücktes Volk zu befreien, ist der Zionismus.

Ich wuchs im Schatten des Holocaust auf, wie alle Juden meiner Generation. Man brachte mir bei, an eine Version über die Schaffung Israels zu glauben, die etwa so lautete: "Nach der Ermordung der Juden tat allen so leid, was den Juden geschehen war, daß alle Länder der Welt sich zusammentaten, um den Juden ein eigenes Land zu geben, damit das nie wieder geschehen könne." Israel war der sichere Hafen, der mythische Ort, in dem die Menschen gemeinschaftlich in Kibbuzim lebten. Dort würde ich leben können, wenn es jemals zu gefährlich werden sollte, hier in den USA eine Jüdin zu sein.

Niemand sagte mir, daß es in diesem sicheren Hafen bereits Leute gab, daß einige von ihnen Juden waren wie ich, aber auch viele nicht. Ebenso sagte mir niemand, daß die Zionisten hier in den USA den Kongreß unter Druck setzten, er solle verbieten, daß jüdische Flüchtlinge aus Europa sich nach dem Krieg in den USA ansiedelten. Damit sollte Israel mit Juden gefüllt und die Nation eine Realität werden. In ähnlicher Weise hat in jüngster Zeit die Israel-Lobby den Kongreß unter Druck gesetzt, die Immigrantenquoten für Juden aus der Sowjetunion nicht heraufzusetzen, damit auch sie Israel als ihre einzige Chance sähen.

"Normaler" Rassismus

Viele Jahre später fragte ich mich und andere Juden: "Was heißt das, ein jüdischer Staat?" Eine Antwort, die ich öfter hörte, besonders unter Zionistinnen in der lesbischen Gemeinschaft war folgende: "Ein jüdischer Staat ist ein Land, in dem es normal ist, Jude zu sein." Das wäre in der Tat ein Unterschied zu anderen Staaten und es wäre sehr schön. (Es wäre wohl auch nicht schlecht, an einem Ort zu leben, an dem es normal ist, lesbisch zu sein, aber das ist eine andere Geschichte und es ist keine Geschichte, die in Israel ein Happy End hat.) Die Logik des Nationalismus verlangt, daß, wenn es "normal" ist, Jude in einem jüdischen Staat zu sein, daß es dann nicht normal ist, sogar regelrecht gefährlich, dort etwas anderes als Jude zu sein. Und genau das ist die Realität, in der die AraberInnen in Israel leben. Es ist ebenfalls Realität für die



PalästinenserInnen in den besetzten Gebieten. Und das ist nichts anderes als Rassismus.

Das Absurde daran ist, daß der Zionismus auch keine erfolgreiche Strategie ist, um den Juden das Überleben zu sichern. Tatsächlich ist Israel ein so gefährlicher Ort für Juden, daß bis vor der jüngsten Einwanderungswelle sowjetischer Juden die Zahl der Auswanderer aus Israel die Zahl der Einwanderer übertraf. Die Besetzungen, die Invasion im Libanon und die Massaker in Sabra und Shatila sind keine Verirrungen, sondern die unvermeidliche Folge des israelischen Nationalismus. Die Handlungsweise des israelischen Staates, des jüdischen Staates, trägt nicht dazu bei, mich zu beschützen oder mir einen sicheren Hafen anzubieten. Im Gegenteil, sie macht mein Leben auf der Welt unsicherer. Eine Freundin aus dem Libanon sagte mir 1982, während Israel gerade in ihr Land eindrang: "Wenn Israel darauf besteht, daß es der jüdische Staat ist, der im Namen der Juden handelt, dann werden die Menschen, die Israels Handlungsweise verabscheuen, schließlich auch die Juden hassen."

Wenn mir schon der Gedanke eines jüdischen Staates nicht gefällt, wie ist es dann mit einem palästinensischen? Ich hoffe, es ist inzwischen klar geworden, daß ich niemandes Nationalismus gut finde, aber wenn man in der modernen Welt keiner Nation angehört, scheint das so zu sein, als ob man gar nicht existierte. Wer bin ich, daß ich sagen könnte, die Palästinenser sollten nicht existieren? Ich war immer für die Schaffung eines "demokratischen säkularisierten Palästina" auf dem gesamten Gebiet, das jetzt Israel und die besetzten Gebiete umfaßt, aber es sieht nicht so aus, als ob das heutzutage noch auf irgendjemandes Tagesordnung stünde.

Wir sind keine Patrioten

Was sind die praktischen Konsequenzen, wenn man dem Nationalismus mißtraut? Zum einen muß die Linke aufhören mit dem Versuch, den Patriotismus für sich zu reklamieren. Angesichts eines internationalen Feindes können wir uns den Patriotismus nicht leisten. Frieden - ein Frieden, der den Menschen erlaubt, in Würde zu leben - ist nicht patriotisch.

Allerdings bin ich nicht dagegen, daß Frauen sich als Frauen organisieren oder Afroamerikaner als Afroamerikaner oder die Armen als Arme. Wir brauchen eine Machtbasis, von der aus wir mit unseren Bündnispartnern in Kontakt treten können. Aber ich glaube nicht, daß das Ziel unserer Organisierung sein sollte, Nationen zu bilden. Die internationale Solidarität ist heutzutage eine Frage von Leben und Tod.

Rebecca Gordon
aus: Guardian 4.3.92
Übersetzung: cn

Nationale Befreiung und Feminismus

Eine Antwort auf Rebecca Gordon

Da Rebecca Gordon unser Land in ihrem Artikel "Frauen und Nationalismus" erwähnt hat, möchten wir von MAKIBAKA, einer philippinischen Frauenorganisation im Untergrund, uns die Freiheit nehmen, ein Wörtchen in dieser Sache mitzureden. Erstens sind wir der Meinung, daß die Frauen, die sich am Kampf nationaler Befreiungsbewegungen beteiligen, für sich selbst sprechen sollten. Zweitens haben wir das Recht auf unsere eigene Revolution und auf die Ideen, Begriffe und Wortbedeutungen, die diesem sozialen Transformationsprozeß zugrundeliegen, der uns bereits große Opfer abverlangt hat und weiterhin abverlangen wird, bis wir gewinnen.

Gordons Artikel abstrahiert allerdings von jeglichem sozialen, politischen, geographischen und historischen Kontext. Auf wen bezieht sie sich zum Beispiel, wenn sie das Wort "wir" benützt (z.B. in dem Satz "Wir brauchen eine Machtbasis, von der aus wir mit unseren Bündnispartnern in Kontakt treten können" und "Wir können uns den Patriotismus nicht leisten") oder "die Linke" ("Die Linke darf nicht länger versuchen, den Patriotismus für sich zu reklamieren")? Der konkrete soziale, politische und wirtschaftliche Kontext, in dem "wir" und unsere jeweiligen "Linken" agieren stimmt nicht überein und solche allgemeinen Feststellungen gelten nicht universell.

Befreiung ist eine Klassenfrage

Gordon benützt Begriffe wie Nationalismus, nationale Befreiung und Patriotismus austauschbar, ohne spezifische Umstände der Zeit, des Ortes und der historischen Periode zu berücksichtigen. Das führt zu einer falschen Darstellung der nationalen Befreiungsbewegung der Philippinen, denn Gordon geht davon aus, daß solche Bewegungen vom Nationalismus genährt werden. Und sie betont, daß der Nationalismus "von uns Frauen verlangt, unsere Interessen gegenüber den nationalen Interessen hintanzustellen, die sehr oft als deckungsgleich mit den Interessen der Männer der Nation gesehen werden".

Demgegenüber haben wir immer betont, daß der philippinische Kampf einen Doppelcharakter hat: einen antiimperialistischen Aspekt, der seinen nationalistischen Inhalt bestimmt und einen antifeudalen bzw. Klassenaspekt, der seinen demokratischen Inhalt bestimmt. Für uns ist Befreiung eine Klassenfrage.

Deshalb nennen wir unsere Revolution nationaldemokratisch, um sie von Kämpfen zu unterscheiden, die bürgerlich-demokratisch oder einfach nationalistisch sind. Dieser bloße Nationalismus ist eine Vorstellung, die auf den Philippinen seit über dreißig Jahren überwunden ist. Hinzu kommt, daß die philippinische Bewegung sich einer Revolution in zwei Phasen verschrieben hat, die eben gerade die gerechte, gleiche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und die Teilung der politischen Macht zum Ziel hat. Gordon sagt mit Recht, daß das notwendige Voraussetzungen sind, für die Befreiung der Frauen und für die Zunahme ihrer Macht.

Mit der Gründung von MAKIBAKA 1971, der Name ist ein Akronym für "Patriotische Bewegung freier Frauen", wurde der Begriff der nationalen Demokratie dahingehend erweitert, daß er nicht nur die wirtschaftliche und politische Emanzipation der Frauen einschloß, sondern auch ihre Befreiung von geschlechtsspezifischer Unterdrückung. Wir geben zu, daß die Rolle, die das Patriarchat, kulturelle und religiöse Institutionen und Traditionen bei der Unterdrückung der Frau spielen, erst nach und nach erkannt wurde, ebenso wie erst sehr spät zugegeben wurde, daß die Pest des Sexismus auch innerhalb der revolutionären Bewegung existiert.

Noch 1990 wurde der Versuch gemacht, aus dem 12-Punkte-Programm der national-

demokratischen Front, die aus vierzehn Organisationen besteht, darunter MAKIBAKA, die Forderung nach der Emanzipation der Frau zu streichen. Zusammen mit anderen revolutionären Frauen hat sich MAKIBAKA auf dem ersten Kongreß der Front gegen diese Streichung gewehrt - und sich so gründlich durchgesetzt, daß auch weitere Forderungen gegen die Diskriminierung anderer Gruppen wie z.B. Schwule und Lesben, aufgenommen wurden.

Vielleicht hat Gordon damit Recht, daß Männer oft fordern "Frauen sollen ihre Forderungen hintanstellen", angeblich, um damit besser der Sache der nationalen Befreiung zu dienen. Aber die Frauen können und sollten argumentieren, daß es keine nationale Befreiung und keinen sozialen Wandel geben kann, ohne daß die Rechte der Frauen und die Gleichheit der Geschlechter sichergestellt wird.

Wir würden allerdings nicht so weit gehen zu behaupten, daß es alleine genügt, die Rechte der Frauen und die Gleichheit der Gesellschaft sicherzustellen, um unsere Nation und unsere Gesellschaft zu verändern. Genauso wie keine nationale Befreiungsbewegung ohne die Beteiligung der Frauen Erfolg gehabt hat, hat keine feministische Bewegung oder Frauenbewegung auf sich allein gestellt, einen radikalen gesellschaftlichen Wandel bewirken können.

Die militärische Präsenz der USA auf den Philippinen

Es gibt Forderungen auf den Philippinen, bei denen es schwierig wäre zu unterscheiden, ob sie eindeutig nationalistisch oder eindeutig feministisch sind. In einem Land, in dem es nicht einmal die grundlegensten Rechte und Freiheiten gibt, ist es für Männer und für Frauen kaum möglich, sich den Luxus von entweder/oder-Definitionen zu leisten. Um sich das Problem besser vor Augen zu führen, sollte man/frau das Problem der militärischen Präsenz der USA auf den Philippinen betrachten. Sollten wir das lediglich als eine Frage nationalen Interesses betrachten und damit als ein "nationalistisches" Problem? Damit würden wir die 60.000 Frauen übersehen, die durch die US-Basen in die Prostitution getrieben werden. Sollten wir es deswegen aber als ein Frauenproblem betrachten und damit die Implikationen für die nationale Souveränität ignorieren?

Auch im Fall der multinationalen Konzerne wäre es fast unmöglich, Demarkationslinien zwischen den Interessen der Frauen, der Arbeiter und denen der ganzen Nation zu ziehen. Die Konzerne sind auf den Philippinen, weil eine Marionettenregierung die Reichtümer unseres Landes verschleudert. Sie verstoßen gegen international anerkannte Rechte der Arbeiter und Arbeiterinnen. 70 Prozent der Beschäftigten in den Produktionszonen, die für den Export arbeiten, sind Frauen und damit geschlechtsspezifischer Diskriminierung und der Politik der Konzerne ausgesetzt, die sexuelle Übergriffe dulden.

Die Brutalität der Konzerne

Als Mattel Inc., der Hersteller der Barbiepuppen, Geldprämien für Arbeiterinnen anbot, die bereit waren, sich sterilisieren zu lassen, sollten wir das dann als ein Problem der Arbeiterinnen oder als ein Problem der Nation betrachten? Sollen wir es als ein spezielles Frauenproblem betrachten, wenn eine Firma versucht, sich um die Gewährung von Mutterschutz herumzudrücken? Sollen wir es unterscheiden von dem Fall, daß die Firmen allen Arbeiterinnen und Arbeitern Zulagen oder Schutzrechte beschneiden? Sind daran allein die Manager der Konzerne schuld oder nicht vielmehr die Regierung, die es den Multis erlaubt, mit philippinischen Bürgern so umzugehen?

Wenn wir dazu noch die Umweltzerstörung betrachten, die diese Konzerne auf den Philippinen anrichten, dann stellen wir fest, daß dieses Problem genauso vielschichtig ist. Sicherlich ist die Umwelt eine Frage des nationalen Interesses, aber unter schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen haben spezifische Gruppen von Frauen und ArbeiterInnen ebenso zu leiden wie die Gesellschaft im allgemeinen. Wo sollen wir einen Trennungsstrich ziehen und wessen Interessen sollten vorrangig berücksichtigt werden?

Nach unserer Erfahrung ist die Unterdrückung der Frau im Produktionsprozeß und die geschlechtsspezifische Unterdrückung der Frau oft eng miteinander verbunden. Die Gewalt in der Familie z.B. hat tiefe Wurzeln in der feudalen Kultur, die der spanische Kolonialismus mitgebracht hat und die von autoritären und frauenfeindlichen Lehren der katholischen Kirche aufrechterhalten wird. Sie wird verschärft von verabscheuungswürdigen Filmen, Werbung und anderen kulturellen Nebenprodukten, die die USA und andere entwickelte Länder auf den Philippinen abladen.

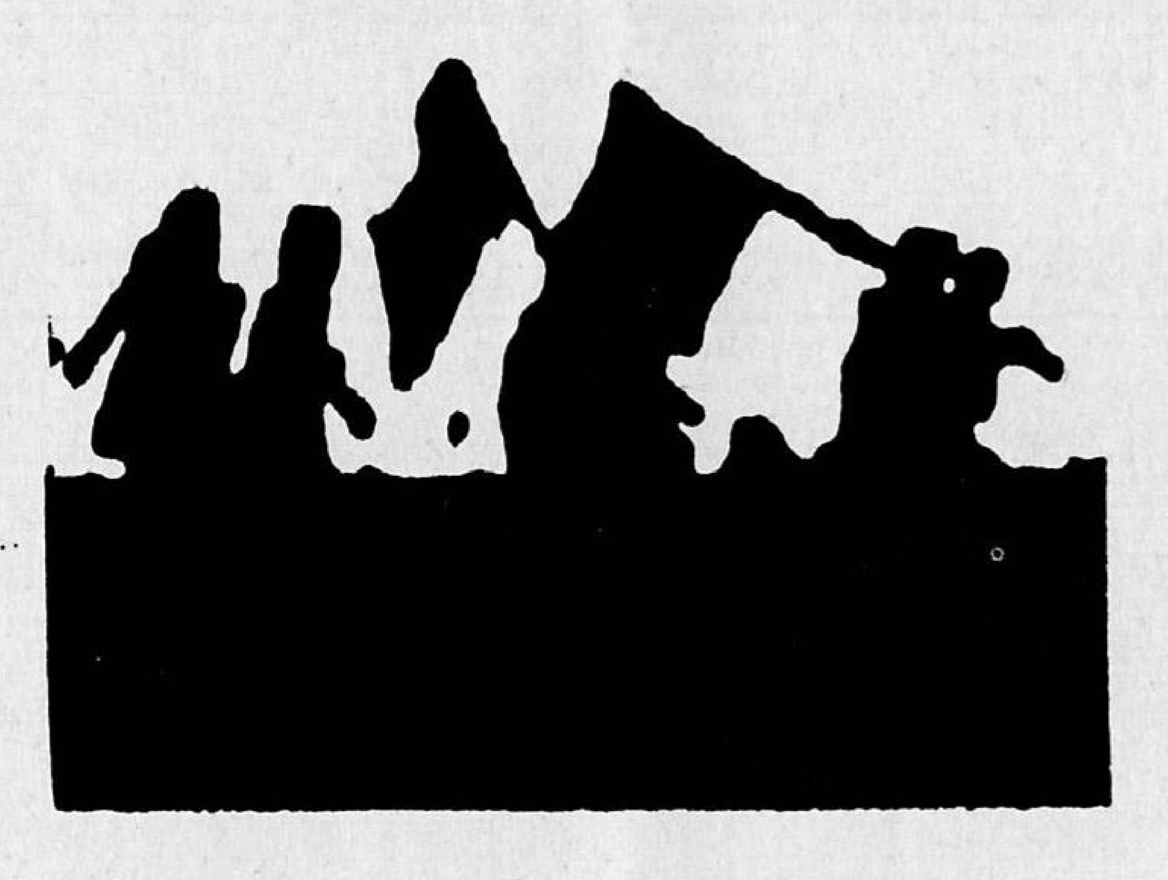
Im ganzen können wir sagen, daß der Machismo und die entsprechende Festlegung der Frauen auf einen untergeordneten Status früher und bis heute ein kultureller und ideologischer Bestandteil der Kolonisierung des philippinischen Archipels waren. Die männliche Vorherrschaft und das Patriarchat wurden der grundsätzlich frauenfreundlichen einheimischen Kultur aufgezwungen, in der es keine geschlechtsspezifische Unterdrückung gegeben hatte. In diesem Sinn sehen wir den Entkolonisierungsprozeß auf den Philippinen als die Wiedergewinnung der Rechte der Frau und der Anerkennung ihrer spezifischen Interessen, die beide vom Kolonialismus ignoriert wurden. Der Kolonialismus verstieß so sehr gegen die Interessen und Rechte der Frauen, daß im 16.Jh. die ersten Revolten gegen die spanischen Behörden von den *babaylan* angeführt wurden, den religiösen Führerinnen und Medizinfrauen. Sie wurden so gründlich ausgerottet, daß wir uns gerade erst darauf besinnen, daß es sie überhaupt gegeben hat.

Wir leugnen nicht die weltweite Dimension der Probleme, die unter dem Begriff "Frauenfrage" zusammmengefaßt werden können, sind doch die Philippinen ein großer Frauenexporteur: Etwa 200.000 Frauen im Jahr strömen auf den weltweiten Arbeitsmarkt oder werden Opfer des Frauenhandels. Es bleibt uns gar nichts anderes übrig, als uns auf einen progressiven feministischen Internationalismus zu stützen, wenn wir in dieser und anderen Fragen eine effektive Front aufbauen wollen.

Unser Kampf gegen den Frauenhandel ist durch die Unterstützung, Beteiligung und Hilfe von Frauen in anderen Ländern bereits gestärkt und effektiver gemacht worden. Mit Unterstützungsgruppen in 22 Ländern bewegt sich die philippinische Frauenbewegung in einem internationalistischen Klima und mit der internationalistischen Perspektive, die Gordon einfordert.

Frauenfragen sind national

So wie wir sagen, daß alle Probleme Frauenprobleme sind, sagen wir auch, daß Frauenfragen nationale Fragen sind. Die sozioökonomische Formation der Philippinen ist so überholt, so unhaltbar, die Ausbeutung tritt so offen und brutal zutage, daß welche Frage auch immer die Bewegung aufwirft, sie immer zu der Notwendigkeit gelangt, die Gesellschaft vollständig umzuwandeln, d.h. eine siegreiche Revolution nach dem Geschmack des philippinischen Volkes (Männer und Frauen) und niemandes sonst zu machen. Wir hoffen, daß Rebecca Gordon und die Frauen der USA - ebenso wie die Männer - auf unserer Seite sind und uns bei unserer doppelten Aufgabe, unsere Nation zu befreien und uns selbst zu befreien unterstützen. Die Frage der Priorität spielt bei dieser Gleichung gar keine Rolle.



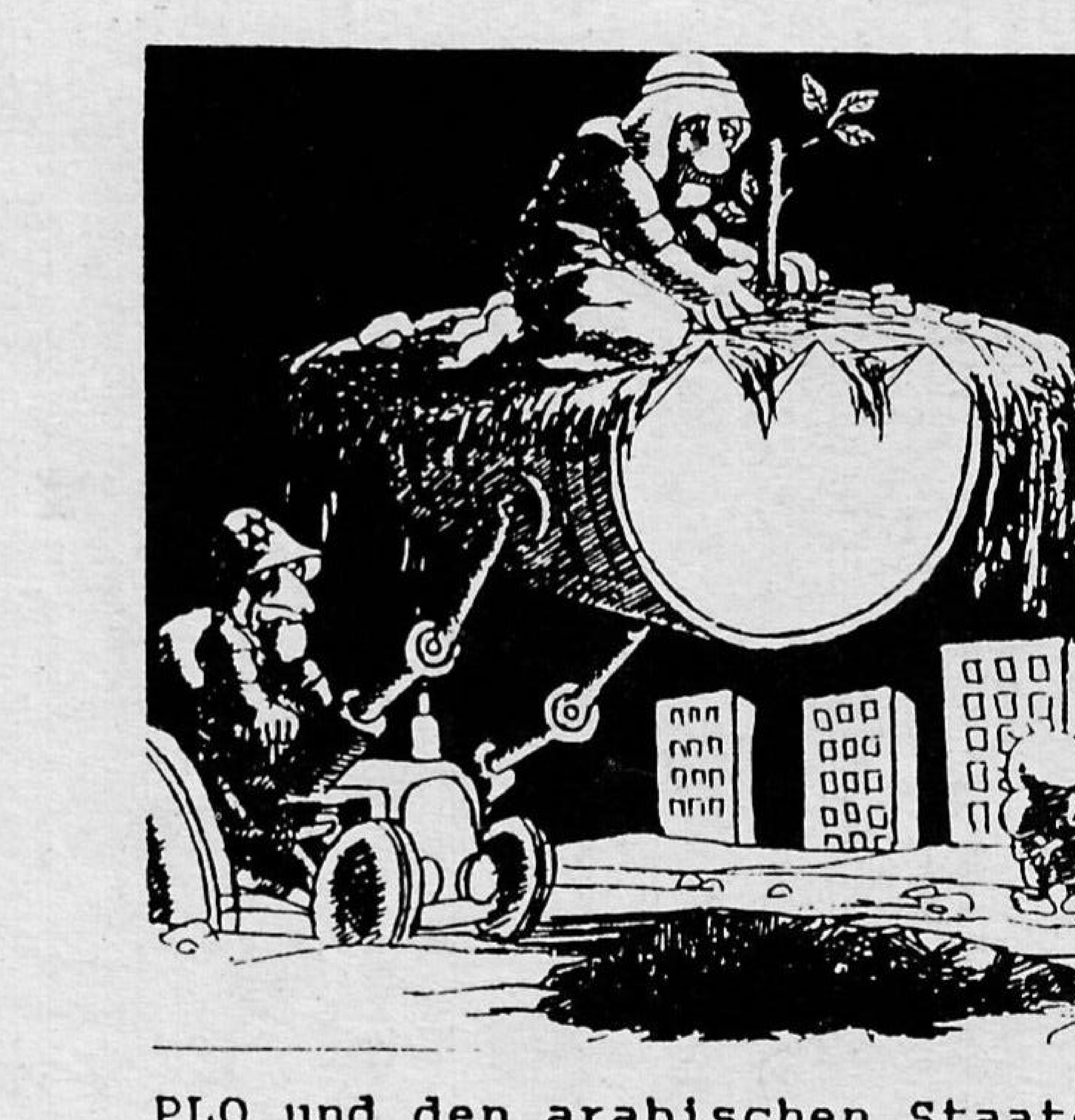
Leona Florentino II,
Vertreterin von MAKIBAKA
aus: Guardian 25.3.92
Übersetzung: cn

RABIN KOMMT NACH BERLIN

feminismus und internationalismus

Der Ministerpräsident des zionistischen Staates "Israel" Yithzak Rabin wird Mitte September die BRD und voraussichtlich Berlin besuchen. Rabin verkörpert in seiner Person die Kontinuität der rassistischen Politik des zionistischen Staates. In den 40er Jahren war er militärischer Führer der von den Briten ausgebildeten zionistischen Eliteorganisation Palmach, die wesentlich an den Massakern an und dem Terror gegen das palästinensische Volk beteiligt war. Das Ziel dieser Politik war, wie Rabin offen sagte, die Vertreibung: "Indem wir keinen Stein auf dem anderen lassen und alle Einwohner verjagen... wird es kein Dorf mehr geben, in das die Araber zurückkehren können." 1948 war er als Offizier der aus den Terrororganisationen hervorgegangenen zionistischen Armee am Krieg, der zur Besetzung eines Teiles von Palästina führte, beteiligt. 1967 befehligte er als Generalstabschef den Juni-Krieg, in dem der Rest Palästinas - die Westbank und der Ghaza-Streifen - sowie die syrischen Golan-Höhen und die ägyptische Sinai-Halbinsel besetzt wurden.
Die seit 1948 herrschende Arbeiterpartei setzte mit Rabin als Generalstabschef die Befriedung und Kolonisierung des Ghaza-Streifens und der Westbank mit Eiserner Faust durch. Ab 1984 war Rabin Kriegsminister in der Koalitionsregierung von Likud und Arbeiterpartei und damit direkt verantwortlich für die Niederschlagung der ab 1987 im Ghaza-Streifen und der Westbank ausgebrochenen Intifada. Im Frühjahr 1988 erteilte er den Befehl palästinensischen Kindern und Jugendlichen, die Steine werfen, die Knochen zu brechen. Von Dezember 1987 bis Dezember 1990 wurden 890 Menschen getötet, ca. 105.000 Menschen schwerverletzt, 94.887 Bäume entwurzelt, 12.500 Menschen in Administrativhaft interniert und 1.726 Häuser zerstört oder versiegelt. Die Initiierung und Instruierung der ab 1991 operierenden Todesschwadrone liegt ebenfalls in seiner Verantwortung. Seit dem Beginn der "Friedens"verhandlungen hat sich der zionistische Terror noch verstärkt. Den Auftakt zur ersten Gesprächsrunde bildete die Ermordung des Hizbollah-Führers Mussawi in Beirut durch die zionistische Luftwaffe und fand seine Fortsetzung durch intensive wochenlang andauernde Bombardierungen des Libanon, gezielte und ungezielte Ermordungen, forcierten Siedlungsbau in Palästina und auf den Golan-Höhen sowie Verhaftungen, einer gestiegenen Zahl von Foltertoten, Häusersprengungen usw.
Die "Friedens"verhandlungen sind eine direkte Folge des Golfkrieges, der nicht nur zu einer Niederlage des Irak sondern auch zu einer umfassenden Schwächung aller revolutionären und fortschrittlichen Kräfte bzw. der nicht in die NATO-Strategie eingebundenen arabischen Staaten geführt hat. Arabische revolutionäre Kräfte bzw. die palästinensische Linke als deren einstige Speerspitze sind faktisch kaum mehr präsent. Aus diesem Kräfteverhältnis heraus versuchen nun die Imperialisten, die letzten kämpferischen Funken in der Region auf verschiedenen Ebenen zu ersticken. Die PLO-Führung als

Repräsentantin der palästinensischen Bourgeoisie ist dabei weitgehend in das imperialistische Projekt der Befriedung der Region eingebunden worden und betreibt nun offensichtlich den Ausverkauf des palästinensischen Kampfes. Die Ausverkaufs-Konferenz wird flankiert von der andauernden Blockade, Teilung und Eskalation gegen den Irak, der BLockade gegen Libyen, den massiven Offensiven des NATO-Staates Türkei gegen den kurdischen Befreiungskampf, der vollständigen Befriedung des Libanon und dem anwachsenden Druck auf Syrien, die strategischen Waffen abzurüsten und auf die vollständige Rückgabe der Golan-Höhen zu verzichten. Rabin hat erst kürzlich wieder klargemacht, daß der zionistische Staat die 1981 annektierten Golan-Höhen als strategisch wichtig erachtet und sie von daher ganauso wenig vollständig räumen wird wie Jerusalem. Die Zionisten sind auf Grund des Kräfteverhältnisses nur zu unbedeutenden Zugeständnissen bereit. Rabins Ankündigung, den Siedlungsbau vorübergehend einzustellen, erweist sich bei genauerem Hinsehen als Propagandatrick, um die 10 Milliarden Kreditgarantien von den USA sowie weitere Gelder von EG-Staaten einstreichen zu können. 10.000 der unter Schamir angefangenen Wohneinheiten sollen nämlich weitergebaut werden und die Einfrierung des Siedlungsstopps nimmt zudem neben den Gebieten um Jerusalem,die als strategisch erachteten Gebiete, wie die Grenzgebiete zu Jordanien und die Golanhöhen aus. Schon jetzt sind über 70% der Westbank und des Ghaza-Streifens von Siedlungen überzogen bzw. für den Siedlungsbau beschlagnahmt worden, die werden auch nicht zurückgegeben. Die "Autonomie"-Lösung, die nun verhandelt wird, geht noch hinter die Vorschläge des Camp-David-Abkommens, das 1978 von der



PLO und den arabischen Staaten entschieden abgelehnt wurde, zurück und beinhaltet für die PalästinenserInnen kaum eine Vebesserung ihrer Situation. Zweidrittel der Bevölkerung des Ghaza-Streifens sind Flüchtlinge aus den 1948 besetzten Gebieten, mehr als zwei Millionen Vertriebene aus den 1948 besetzten Gebieten leben außerhalb Palästinas, v.a. im Jordanien, dem Libanon und Syrien. Die von Imperialisten und Zionisten vorgeschlagene "Selbstverwaltung" schließt sie von vornerherein aus und soll auf interne Angelegenheiten wie die Müllversorgung beschränkt sein, die Außen und Sicherheitspolitik soll in zionistischen Händen bleiben.Der Kurs der PLO-Führung hat unter der palästinensischen Bevölkerung innerhalb und außerhalb Palästinas nur geringen Rückhalt, da es jedoch keine revolutionäre Alternative gibt, sammeln sich die Menschen zunehmend hinter fundamentalistischen Bewegungen, die Zugeständnisse an die Zionisten ablehnen und an der Befreiung des gesamten Palästinas durch bewaffneten Kampf festhalten. Es sind die Frauen, die als erstes und am stärksten mit denm reaktionären Gesellschaftsmodell der Islamischen Fundamentalisten konfrontiert wurden, auf ihrem Rücken wurde und wird der Kampf um politischen und gesellschaftlichen Einfluß ausgetragen. Keine

einzige Organisation hat der Kampagne von HAMAS zur Durchsetzung des Schleiers etwas entgegengesetzt. Sie haben sie vielmehr durch Akzeptanz und/oder Bündnisse unterstützt. Bereits Ende 1988 war der Schleierzwang im Ghaza-Streifen durchgesetzt. In allen Teilen der Westbank und des Ghaza-Streifens sank das Heiratsalter der Mädchen teilweise auf 15, 16 Jahre. Die Gewalt gegen Frauen und Kinder ist innerhalb der palästinensischen Gesellschaft angestiegen und in allen Teilen Palästinas finden Morde wegen "Ehren"delikten der Frauen statt. Die Situation der Frauen und Mädchen in großen Teilen der Westbank hat sich v.a. in den Monaten nach Beginn der Ausverkaufs-Konferenz sehr stark der Situation in Ghaza angeglichen. Die Situation der Frauen und Mädchen ist nach vier einhalb Jahren Intifada um vieles schlechter als in den Jahren vor der Intifada. Es beginnt sich jedoch unter den Frauen und in den Frauen-Komitees Widerstand zu regen. Konferenzen finden statt, um die Entwicklungen einzuschätzen und Gegenstrategien zu entwickeln, die Verenigte Nationale Führung mit allen ihren Organisationen wird zunehmend wegen ihres Nichtverhaltens kritisiert. Selbstkritisch reflektierte eine Vertreterin der palästinensischen Frauen-Komitees während der Arabien-Wochen in der Schweiz:
"Die palästinensische Frauen-Bewegung und die Palästinensischen Frauen-Organisationen im besonderen schafften es nicht, die dialektische Beziehung zwischen nationaler und sozialer Befreiung umzusetzen und anzuwenden. Sie verankerten Frauenangelegenheiten nicht in einem anwendbaren Programm, das den momentanen Begebeheiten entspricht." Darüberhinaus gibt es als Konsequenz aus diesen Erfahrungen in den 67 wie in den 48 besetzten Gebieten Ansätze feministischer Organisierung, wie das Frauen-Zentrum in Nablus und eine Frauenorganisation in Haifa, die auch den Kampf gegen Gewalt gegen Frauen einbezieht. Diese Tendenzen eröffnen der Intifada neue Möglichkeiten und Perspektiven. Außerdem nehmen in den 67 besetzten Gebieten bewaffnete Aktionen gegen zionistisches Militär, Siedler und Kollaborateure, die von allen Organisationen getragen werden, zu.
Die Entwicklung in Palästina fügt der Erfahrung, die Frauen in allen Kämpfen gemacht haben nur eine weitere hinzu - daß nämlich die eigenständige Organisierung von Frauen innerhalb der Kämpfe die einzige Garantie dafür ist, daß die von allen Kräften propagierte Befreiung der Frauen auch tatsächlich im Kampf umgesetzt wird und daß neben der nationalen- und Klassenunterdrückung auch die patriarchale Unterdrückung mit ihren sexistischen und rassistischen Strukturen angegriffen wird.
Der Besuch des Ministerpräsidenten des zionistischen Gebildes Rabin erfolgt in einer Phase, in der die zur zweiten imperialistischen Führungsmacht aufgestiegene BRD, intensive Umstrukturierungen und Vorbereitungsmaßnahmen unternimmt, um weltweit eine effektivere Rolle spielen zu können. Diese Umstrukturierung geht einher mit einer starken rassistischen und faschistischen Mobilisierung, die die Herrschenden brauchen.
Die neue Rolle der BRD vollzieht sich im Rahmen der NATO und EG und umfaßt alle Ebenen. Der dem direkt auf den Antrittsbesuch in Washington folgende Besuch Rabins in der BRD reflektiert die gewachsene Bedeutung der BRD.
Die BRD war von Anfang an neben den USA der wesentlichste Finanzier, Ausrüster und Aufbauer des zionistischen Staates.
Heute setzt die BRD als EG-Führungsmacht ihre Politik gegenüber dem zionistischen Staat als EG-Außenpolitik durch. Die EG ist der Haupthandelspartner des zionistischen Gebildes - 53% aller Exporte des zionistischen Staates gehen in die EG-Länder und 33% aller EG-Exporte werden in diesen Staat ausgeführt, 1989 betrug das Handelsvolumen 10 Mrd $. Der zionistische Staat genießt dabei alle Vorzüge, die sonst nur EG-Mitgliedsstaaten zustehen. Es ist der einzige Nicht-EG-Staat dem Sonderhandelsbedingungen in dem Ausmaß zugestanden wurden, es ist an EG-Netzwerke angeschlossen, erhält umfangreiche Wirtschafts- und Militärhilfen und ist an EG-Forschungen im Bereich Hochtechnologie und Rüstung beteiligt. Daneben laufen auch mit einzelnen EG-Staaten, v.a. mit der BRD, Kooperationsabkommen in diesen Bereichen.
Die BRD greift auch durch ihre Flüchtlingspolitik direkt in die Kämpfe ein. Während die BRD PalästinenserInnen Anfang der 70er Jahre, als der palästinensische Kampf im Vormarsch war, Einwanderungseerleichterungen bot, wurden PalästinenserInnen nach 82 massiv abgeschoben. Genauso erteilte die BRD jüdischen ImmigrantInnen aus der ehemaligen Sowjetunion nur begrenzt Aufenthaltserlaubnis. Sie sollten so, in übereinstimmung mit dem zionistischen Botschafter, gezwungen werden, in den zionistischen Staat weiterzureisen.
Die sich verändernde Rolle der BRD in der Weltpolitik und das sie begleitende politische und gesellschaftliche Roll-Back erfordert von uns als autonomer und animperialistischer Linken, daß wir uns wieder mehr auf die internationale Situation beziehen, die antifaschistischen Kämpfe um ihre antisexistische Dimension erweitern und internationalistisch führen.

ZIONISMUS, FASCHISMUS
UND DAS KAPITAL
BEKÄMPFEN FRAUEN INTERNATIONAL

DER KRIEG UM PALÄSTINA WIRD
AUCH HIER ENTSCHIEDEN
DEN VÖLKERMORDSTRATEGEN
KEINEN FRIEDEN

HOCH DIE
INTERNATIONALE SOLIDARITÄT

FÜR DIE INTERNATIONALISTISCHE
FEMINISTISCHE REVOLUTION



zu: "Rabin kommt nach Berlin"
Die Verwendung von Bildern, in denen der Davidstern benutzt wird, um die brutale Unterdrückungspolitik der israelischen Regierung anzuprangern ist Scheiße! Der Davidstern ist ein religiöses Symbol, das für den jüdischen Glauben steht. Die Gleichsetzung dieses Symbols mit Krieg, Repression, Unterdrückung, usw. ist falsch, auch wenn sich der militante Zionismus dessen bedient. Dadurch wird die ganze jüdische Gemeinschft damit gleichgesetzt und stigmatisiert!!!

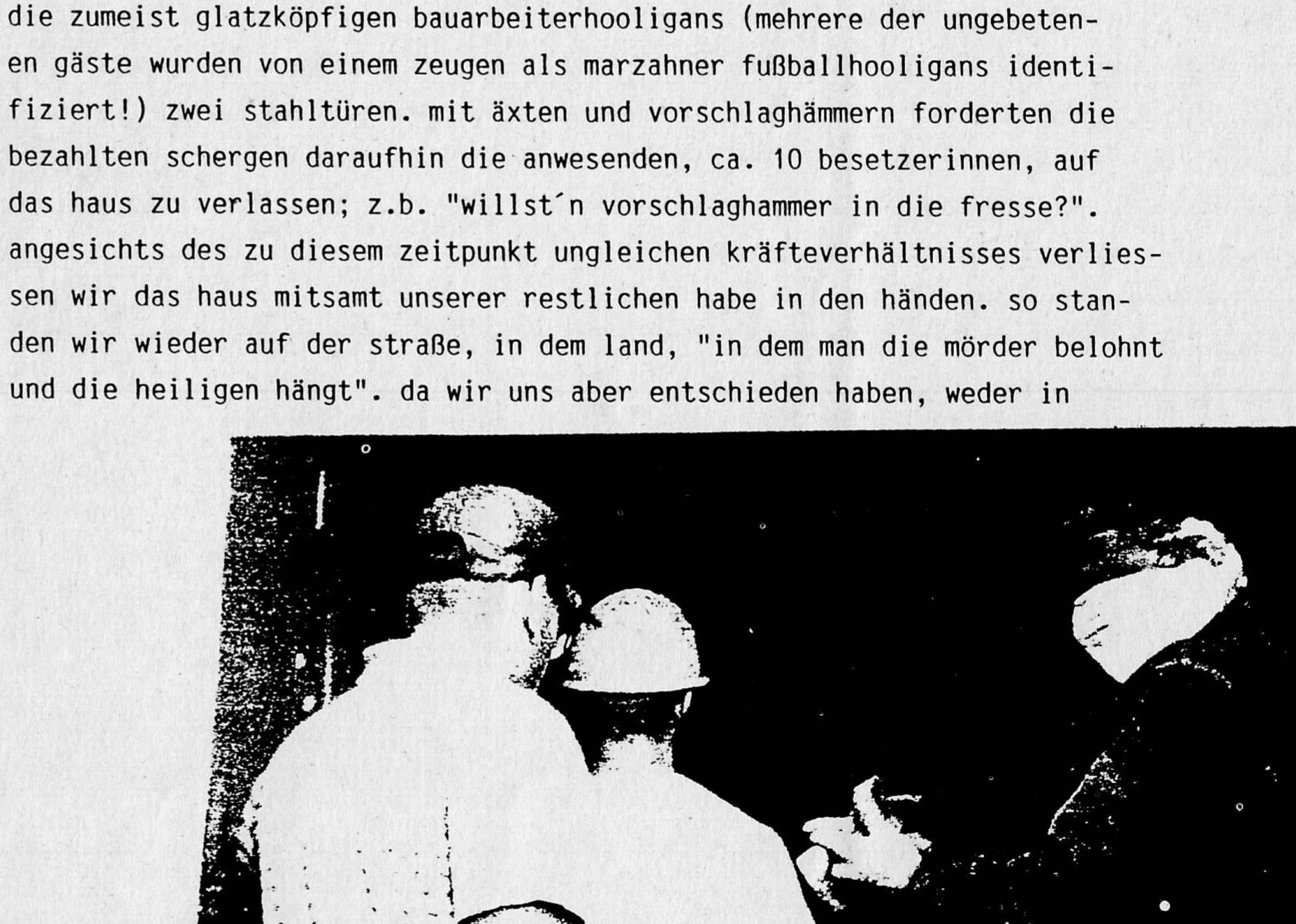


taz - no sympathy for the devil

gegendarstellung der besetzerinnen pfarrstr. 104 zum artikel in der berliner taz vom 12.08.´92 "jagd über die dächer der pfarrstrasse"

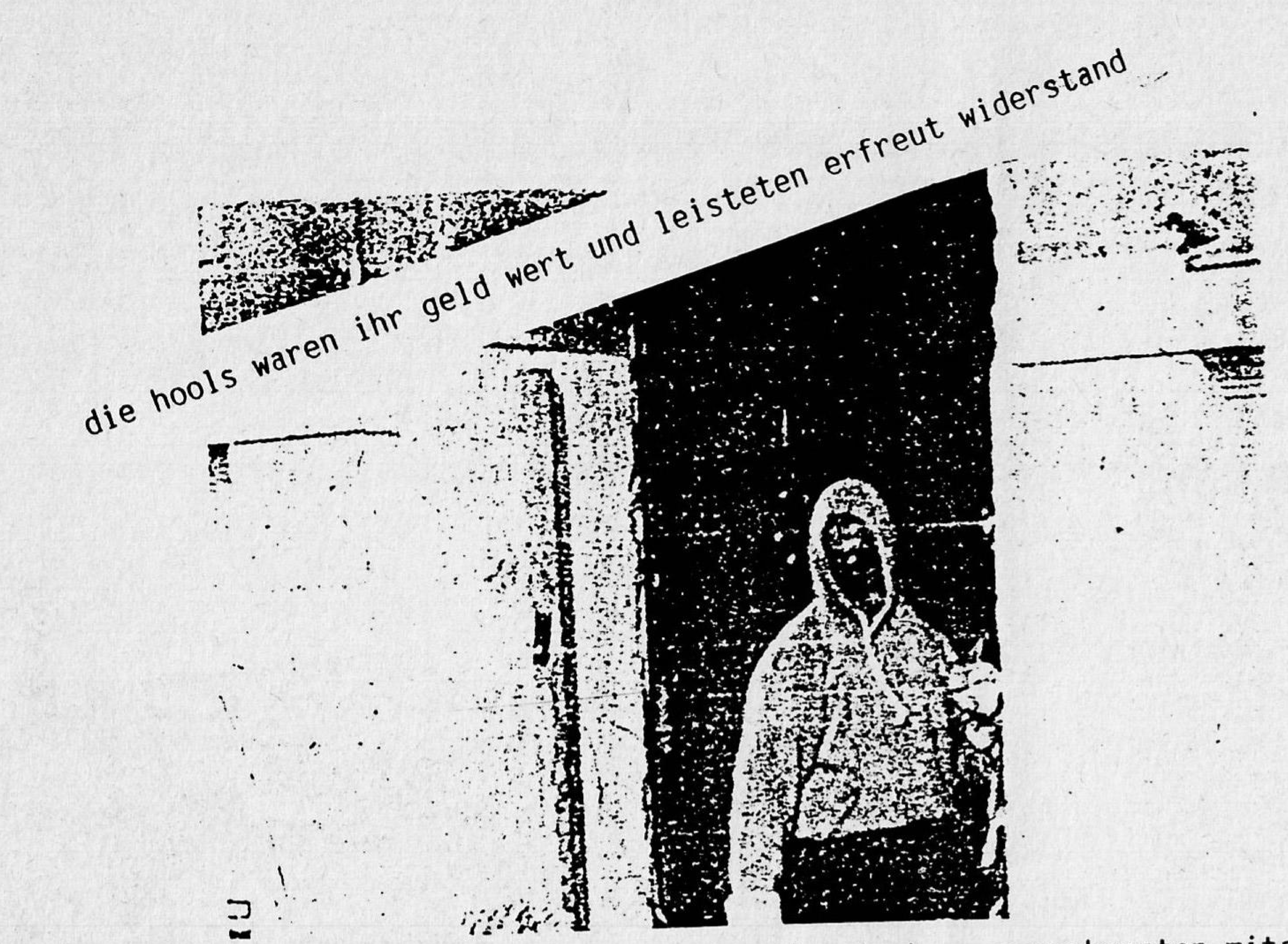


taz!
ob wir euch loben sollten, weil ihr als einziges bürgerblatt über die umtriebe der spekulanten und deren handlanger berichtet? mitnichten! eigentlich habt ihr wiedermal nur öffentlich gemacht, was wir nun schon des längeren wußten: auf welcher seite ihr steht, für wen ihr dinge verdreht, wer eure lügen bezahlt. konkret: es geht um die gezielte desinformation vom mittwoch den 12.august, betitelt mit "jagd über die dächer der pfarrstrasse", euern aufmacher für den lokalteil.
am dienstag den 11.08.(8.30) drang ein bewaffneter bauarbeitertrupp gewaltsam in unser seit 2 jahren besetztes haus ein. dabei zerstörten die zumeist glatzköpfigen bauarbeiterhooligans (mehrere der ungebetenen gäste wurden von einem zeugen als marzahner fußballhooligans identifiziert!) zwei stahltüren. mit äxten und vorschlaghämmern forderten die bezahlten schergen daraufhin die anwesenden, ca. 10 besetzerinnen, auf das haus zu verlassen; z.b. "willst´n vorschlaghammer in die fresse?". angesichts des zu diesem zeitpunkt ungleichen kräfteverhältnisses verliessen wir das haus mitsamt unserer restlichen habe in den händen. so standen wir wieder auf der straße, in dem land, "in dem man die mörder belohnt und die heiligen hängt". da wir uns aber entschieden haben, weder in



neubaughettos isoliert dahinzusiechen, noch in einer entfremdeten arbeitswelt so viel geld zu verdienen um uns menschlicheren lebensraum leisten zu können, gab es für uns nur eine lösung: wiedereroberung unseres hauses, vertreibung der handlanger des mainmetropolenbonzen joos (helmut w.), nazis, auftzragsmörder, spekulantenschweine hier und überall.





steine flogen in zwei richtungen, aber den im haus verschanzten mitarbeitern der baufirma homann (barnimstr. friedrichshain) ging bald die munition aus und wir wurden immer wacher, worauf es uns gelang die teilweise vermummten bauarbeiter zur flucht zu bewegen. über die dächer sowie den hinterhof brachten sich die sicherungsbeauftragten in sicherheit und wurden von den mittlerweile eingetroffenen bullen vor witeren belästigungen behütet.
den grünen jungs und mädels von der staatsgewalt ging es zwar darum, die körperliche unversertheit der vorzimmernazis zu sichern, nicht aber die personalien der unrechtmäßigen eindringlinge festzustellen.
dem bezirksamt lichtenberg bzw. bauaufsicht, welche in der vorzeit des räumungsversuches durch unangemeldete und unkontrollierte besuche unangenehm auffiel, geht´s darum den planungen des dienstleistungszentrums ostkreuz, von welchem die gesamte pfarrstraße betroffen ist, den weg zu ebnen. näheres über das dienstleistungszentrum ostkreuz erfahren sie in unserer presseerklärung vom 12.08.´92 oder bei einem unserer aufnahmestudios.
den beteiligten kapitalisten (baubonze joos, bezirksamt lichtenberg, baufa. homann, bullen, senat, staat) geht es wie üblich umGEWINNMAXIMIERUNG, wobei wir wohl im wege sind.
das dies nicht so bleibt, dazu versucht anscheinend auch die taz beizutragen. ein schlecht recherchierter, nach höhepunten hechelnder artikel im boulevardstil, prima aufgebaut das ganze, fängt an mit dem, was so allgemein und objektiv gewesen sein sioll, über 13 zeilen, kurz, bündig und aber ein bißchen voll daneben. ihr zitiert den rechtsanwalt der hintermänner der terroraktion l. giese, ein 40-köpfiger "bau"-trupp wurde von uns mit pflastersteinen und mollis in die flucht geschlagen, wobei sich die nullstellen 30 gewaltgeile masochisten und ca. 10 geldgeile weiße westen aufgliedern, letztere beaufsichtigten die aktion. apropo mollis, es war auch keine tieffliegende flaschen post zu bemerken. die bullerei wartete mit mindestens 6 wannen auf und nicht mit 2.
diese ganze aktion als randale zu bezeichnen, bezeichnet euren (deinen jeannette) standpunkt, den ihr wohl von den herrschenden machtverhältnissen ableitet.





der von der wahrheit aber verschieden ist und von uns als bewußte verdrehung der tatsachen gewertet werden kann. nett, sehr nett jeanett, daß du die folgenden 20 zeilen für die darstellung der besetzerinnen nutztest. schade nur, daß die taz null darum bemüht ist, sich mit uns über die hintergründe der illegalen räumung auseinanderzustzen und ziemlich zusammenhanglos einige sätze zitiert und alle äußerungen, die sich auf die vom "bau"trupp ausgeübte gewalt beziehen, ausspart, bzw. sie darauf zu reduzieren bedrohte haushunde als einzige opfer dieser morgendlichen ruhestörung zu entdecken. mit keiner silbe geht ihr aber auf die aktive und für jede/, neutrale/n beobachter/in leicht zu registrierende gewalt ein, obwohl die vermummten fleischfresser mit steinen nach uns warfen,nachdem sie unsere materiellen güter (musikinstrumente, radios, tv´s, sicherungskästen, klos, etc.) zerstörten.





die hintergründe der aktion waren vielmehr die:
die pfarrstraße 104, seit über zwei jahren besetzt, gehört zu den häusern, die nach der berliner linie nicht polizeilich geräumt werden.
da nun gerade die sanierung des hinterhauses (106) abgeschlossen ist, wurde das konstrukt geschaffen die 104 sei baufällig. da diese unbewiesene behauptung scheinbar nicht genügt um eine bullenräumung zu veranlassen, engagierte der megaspekulant h. joos, muskelbepackte marzahner schläger, die mittels faustrecht die macht des kapitals zu manifestieren trachteten.
wir stellen fest, daß in den köpfen der herren und damen wilfried repke (bauaufsicht), l. giese (rechtsverdreher der hauseigentümer), sämtlicher beteiligter (ordentlicher?), mitarbeiter der baufirma haman, sowie jeanette

godard (taz-schreibtischtäterin) mehrere tragende wände unrechtmäßig entfernt wurden und fordern sie auf, ihre nicht unter denkmalschutz stehenden geistigen gehirngänge bis zum 1.5.´93 gründlich auszuräumen.

UNFASSBA NR. 12/13 IST DA!



Themen: Häuserkampf BRDDR/ Holland, Antifa, Anti-WWG, Knast, Männerdiskussion, Volxsport, TKDV-Prozesse, Kriminalisierung, Eigentum ist Diebstahl, Bauwagen, Anarchismus und Gewalt,...
Für 5 BriefMARK an: (POSTBUS) Postfach 85306, 3508 AH Utrecht, NL-Holland. Innerer Umschlag: neutral.

wir fordern vom bezirksamt lichtenberg!

aufklärung des illegalen räumungsversuches 1992 in der pfarrstraße!!!!!!
eine kopie der weisung der baupolizeilichen sperrung der pfarrstraße 104 wegen angeblicher baufälligkeit!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

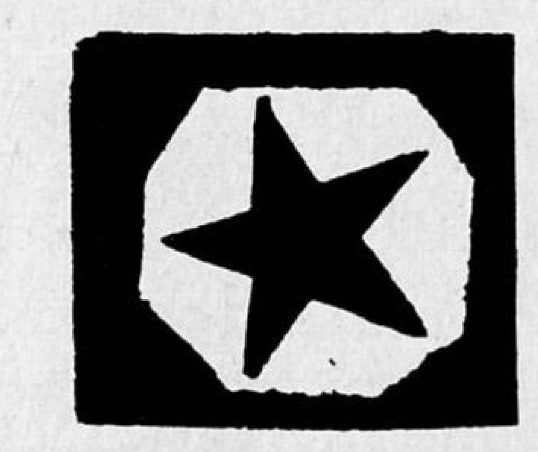
eine erklärung der verwicklung der baufirma (t. homan bahnhofstr.,f-hain) bzw. die herkunft ihres spritzigen, dynamischen sturmservice, sowie die befangenheit der spekulantenspinne joos und seiner mafiamethoden!!!!!!!

desweiteren fordern wir von dem grünen mutantenstadel eine stellungsnahme, weshalb die gehirnlosen muskelpakete nicht festgenommen oder zumindest ihre personalien festgehalten wurden!!!

SPECIAL

WIR fordern den abdruck dieses papiers an derselben stelle an welcher die gezielte desinformation erschien, d.h. auf der titelseite des lokalteils!!

TAZ LÜGT!!!!
besetzen statt besitzen
jeanett ins klosett
finger weg von unseren häusern
104 bleibt!!!!!!!!



Multimillionär Frey und seine DVU

Herausgeberinnen:
AVANTI-Projekt Undogmatische Linke & Autonome Info-Grupe Kiel

Bestelladressen:
Autonome Info-Gruppe Kiel
Schweffelstraße 6
2300 Kiel 1

Bezugsbedingungen:

Wir liefern grundsätzlich nur gegen Vorkasse

Geld oder Schecks an eine der nebenstehenden Bestelladressen

1 Exemplar 3.- DM plus 1.- DM Porto

ab 10 Exemplare 2,50 DM plus einmalig 2.- DM Porto

ab 100 Exemplare 2.- DM Stück

Stand: August 1992

Inhaltsverzeichnis

Informationen über die größte neofaschistische Organisation

Presseerklärung
zur Räumung der Pfarrstrasse 112 am 27.8.92

Gegen Mittag kam der (angeblich) neue Hausbesitzer im Polizeitransporter vorgefahren. Es kamen drei Polizisten zum Haus und sprachen mit Personen, die davor saßen. Sie gaben an, dass der japanische Bonze im Fahrzeug der neue Besitzer sei.
Wir Wollten Beweise dafür sehen, d.h. die Besitzurkunde. Diese schien aber nicht zu existieren. Das zweite Mal kam der ausländische Imperialist mit drei anderen Polizisten zu uns. Er sagte zu, daß wir rausgehen sollen. Darauf meinte ein Polizist, daß sie wiederkommen würden.
Wir waren davon sehr überrascht, da wir immer noch davon ausgingen, daß Margarete Thümichen die Eigentümerin sei.
Darauf setzte sich einer von uns mit einem Rechtsanwalt in Verbindung. Er sicherte uns zu, daß er kommen würde, wenn geräumt wird.
Auf Information des Verwalters, wollten nur der ~~Je~~ Bestialische Kämpfer für mehr ungerechtigkeit und Leute von der Vermessung ins Haus. So bekamen wir den Eindruck, daß die Bullizei nur ein Druckmittel sei. Dadurch war während der Räumung kein Anwalt zugegen.
Kurz danach rückt eine Hundertschaft Schweine (e2) an.
Sie forderten uns drei mal auf, das Haus zu verlassen, ansonsten würden sie räumen.
Wir kamen dieser Aufforderung nicht nach, und blieben im Haus.
Darauf wurde das Haus umstellt und kurz darauf gestürmt!
Wir befanden uns bis auf zwei Personen in einem Raum im 4.Stock.
Nach ca. 2o Minuten wurde der erste Mensch, eine Frau, abgeführt.
Diese Frau wurde von drei Sadisten brutal an eine Plakatwand geschleudert und bekam Fausthiebe auf den Kopf. Sämtliche BewohnerInnen wurden körperlich schwer misshandelt!
Tatsache ist: das Haus wurde ohne Räumungsfrist und von unserem Rechtsverständnis aus illegal geräumt, mit einer Brutalität die ansonsten Faschisten zu eigen ist.
Das Haus wurde auch nicht, wie irrtümlich von der Presse berichtet, erst am selben Tag besetzt, sondern wurde schon zwei Monate von uns bewohnt und renoviert!!!!!!!!!

Warum der ausländische Imperialist?
Das ist eine Klassenfrage
und KEINE nationale!!!

Die BesetzerInnen der Pfarrstrasse 112

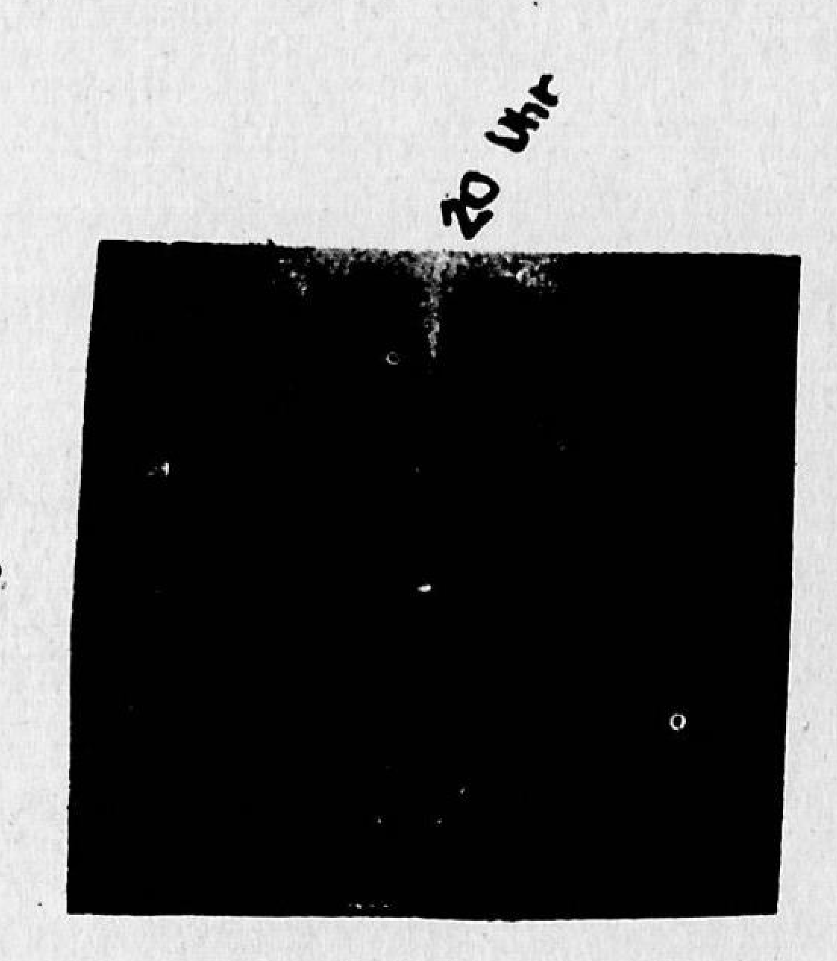
DIE HÄUSER DENEN? DIE SIE KAUFEN! ALLE ERSAUFEN!!!!!!!
SOLIDARITÄT MIT ALLEN BESETZTEN HÄUSERN UND ZENTREN!!!!!!!

Übrigens zwei Menschen von uns sitzen jetzt in u-haft!
Anzeige wegen schwerem Landfriedens?bruch pp und versuchtem Totschlags!

MÄNNER FÜRS GROBE -
der schlagende Arm der rechten Bewegung -
FAP, NF, WJ, Hooligans

V e r a n s t a l t u n g e n

Fr 18.9.	**Ausstellungseröffnung (20 h)**
Do 24.9.	**Eine Woche Rostock** - Chronologie der Rostocker Pogrome (Videos)
Do 1.10.	**Helden für Deutschland** (Video 45' 1992)
Di 6.10.	**Mit Baseballschlägern für ein 'zeitgemäßes' Grundgesetz ?** Zur Komplizenschaft der Regierenden mit rechten Schlägertrupps; Ref.: Bernd Wagner
Do 8.10.	**Deutschland ganz rechts** (Video 1991, 65')
Mi 14.10.	**SOS - Rassismus informiert.** Ref. : Heidi Bischoff-Pflanz und Reza Rassouli
Do 15.10.	**Perspektiven des antifaschistischen Widerstands** - Informationsaustausch
Di 20.10.	**Aufenthalt im Widerstand** und **ZAST (Zentrale Aufnahmestelle)** (Videos 1992, 30' und 31')
Do 22.10.	**Eine Woche Rostock** - Chronologie der Rostocker Pogrome (Videos)
Do 29.10.	**Antifacist action** (BBC, engl.Film ohne Übersetzung)
Di 3.11.	**Asyl** (Video)
Do 5.11.	**Mein Name ist Mensch** (Video)



GALERIE OLGA BENARIO - WESERSTR.5 (ECKE HOBRECHTSTR.) NÄHE U-BHF HERMANNPLATZ

MARCH STR/EIN[STEIN]UFER

Marchstr. 23/Einsteinufer 41 1/10 U E.Reuter Platz S Tiergarten

PROZEß 21.10. 11°°

Wir leben seit über 3 Jahren in Berlin-Charlottenburg in den letzten besetzten Häusern im Westteil der Stadt. "Wir" sind 70 Frauen, Männer und Kinder, auf unserem Gelände gibt es drei Häuser, eine Wagenburg und ein Hüttendorf.

Seit März '92 versucht die Spekulantenfirma Henning v.Harlessem GmbH, Fasanenstr. 73, uns rauszuklagen um die intakten Häuser abzureißen und hier Büros bauen zu lassen. Der erste Gerichtstermin im März ist geplatzt, weil die HvH direkt vor das Landgericht zog, obwohl für Räumungssachen das Amtsgericht zuständig ist. Ein Termin im Juli wurde auf Antrag der HvH verschoben. Der nächste Termin am 21.10.92 um 11Uhr wird deshalb vor dem Amtsgericht Charlottenburg, Amtsgerichtsplatz 1 stattfinden.

Die kapitalistischen Gesetze schützen den Besitz der Reichen und nicht diejenigen, deren Wohnraum zerstört werden soll. Darum dürfen wir uns nicht allein auf unsere AnwältInnen verlassen. Die Entscheidung, ob wir bleiben, wird auf politischer Ebene gefällt. Doch auch die Politik arbeitet für die Spekulantenfirma. So erteilte der charlottenburger Baustadtrat Dykhoff der HvH eine Bauvorgenehmigung für das geplante Bürogebäude. Gleichzeitig sabotierte der Bausenat eine vom Bezirksamt auf unsere Initiative hin eingebrachte Bebauungsplanänderung, die eine weitere Wohnnutzung auf unserem Gelände ermöglichen würde. Der "Nagel-Klein-Plan", ein Senatsbeschluß von '89, der uns bisher vor der Räumug schützte, wird gerade geändert. Dann soll wieder statt Sozialsenat der Wissenschaftssenat für uns zuständig sein, weil unser Gelände für Wissenschaft und Forschung vorgesehen ist. Diese Senatsverwaltung hat von Anfang an alles versucht, uns räumen zu lassen, und hier einen 6-stöckigen Büroklotz für High-Tech-Forschung hinbauen zu lassen - natürlich von der HvH, die dadurch doppelt absahnt.

Inzwischen hat sich aber die in der Nähe liegende Technische Universität die vor der Besetzung Anspruch auf das Gelände erhoben hatte, für eine andere Nutzung ausgesprochen. In einem Brief schlägt TU-Präsident Fricke dem Wissenschaftssenator Ehrhardt vor, im Rahmen einer Gesamtlösung in der Marchstraße/Einsteinufer StudentInnenwohnheimplätze und Werkstätten zu errichten und die Häuser zu erhalten. Dieses von einem autonomen studentischen Seminar geplante Projekt basiert auf einem Nutzungskonzept der BesetzerInnen und wird am 4.September der Öffentlichkeit vorgestellt.

Für die Neubauten drängt man uns, das Gelände der Wagenburg aufzugeben, um die Häuser und das Hüttendorf zu behalten. Das stinkt uns natürlich gewaltig, weil die Wagenburg umziehen müßte, aber wir können in der jetzigen Situation nicht das ganze Gelände ohne breitere öffentliche Unterstützung halten.

Ob es das studentische Projekt geben wird, ist sowieso noch nicht klar, weil es keine sichere Finanzierung gibt und die Senatsverwaltung für Wissenschaft, wie oben gesagt, andere Pläne hat.

Wir haben uns in den letzten dreieinhalb Jahren nicht auf die schönen Reden irgenwelcher Offizieller verlassen, sondern immer direkten Druck gemacht, um unsere Forderungen durchzusetzen. Jetzt werden wir unsere Interessen gegenüber der Uni vertreten und im Senat für die Realisierung des Projekts kämpfen.

Außerdem mobilisieren wir zum Räumungsprozeß am 21.10., um öffentlich zu machen, wie die Justiz den Spekulanten zu fetten Profiten verhilft und uns auf die Straße setzen will.

Mit Räumungsversuchen leben wir seit Beginn der Besetzung, wir sind darauf vorbereitet.

Das Gelände bleibt in unserer Hand - so oder so.



– TERMINE –

Freitag 18.9 EX Quetschenpoua 20.30 uhr

Freitag 18.9 Galerie Olga Benario Ausstellungseröffnung "Männer fürs Grobe"

VERANSTALTUNG:

"KULTUR - NATION - SEXUELLE GEWALT GEGEN FRAUEN"

in der Schokofabrik am Freitag den 18. September um 20.30 Uhr

Samstag 19.9 20.00 uhr Quetschenpaua in der Villa Straußberg

19.9. 21.00 uhr Solifete, Disko,und Kino zu El Salvador (SFE)

Sonntag 20.9.

Dienstag 22.9 20.00 uhr Trefen wg. "Münchner Kessel" im Blauen Salon im Mehringhof

Der Richter und sein Henker

16mm Film, BRD/Italien 1975, 92 min., Regie: Maximilian Schell, nach dem Roman von Friedrich Dürrenmatt mit Helmut Qualtinger,Jaqueline Bisset u.a.

Einem todkranken Kriminalkommissar gelingt es nach Jahren, seinen zum Verbrecher gewordenen einflußreichen Jugendfreund mit geschickt konstruierten Beweisen zur Strecke zu bringen - für einen Mord, den er nicht begangen hat. Psychologischer Kriminalfilm nach einem Roman von Dürrenmatt. Eine Reflexion über Gut und Böse; tesselnd und mit hervorragenden Darstellern.

Freitag 11.09. um 18.00 Uhr
Samstag 19.09. um 21.00 Uhr

Anarchistinnen in der Geschichte

Ausstellung

Frauen für die Freiheit.
Anarchistinnen - Frauen aus dem 19. und 20. Jahrhundert aus verschiedenen Ländern, die für die Freiheit gekämpft haben, jede auf ihre Weise und jede in ihrem historischen Kontext.
Portraits und kurze Darstellungen von etwa 20 Frauen, die aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten stammten: allen gemeinsam jedoch war der doppelte Einsatz für die Sache der Frau und der Revolution. In den Biografien ist das Zeugnis eines gemeinschaftlichen Einsatzes für die individuelle und soziale Veränderung zu lesen, eine Anstrengung, die auch heute noch seine Aktualität hat.

Diskussion 19.09. um 18.00 Uhr
++
Ausstellung vom 01.09. bis 20.09.92

Di, 22.9. Video-Film: Wasser
Ort: CLASH, Uferstr.13, 1/65
UBhf. Pankstraße oder Nauener Platz
Zeit: 21.00 Uhr und 23.00 Uhr

" Hör zu - oder stirb "

Eine Veranstaltung mit "Radio Patapo" - Piratensender aus Amsterdam

Zeit: 22.9.1992

Beginn: 21.00 Uhr

Ort: S.O.S.
Kollwitzstr. 64/ 1058 Berlin-Prenzlauer Berg

Donnerstag 24.9 VV zu Demo in Schwerin 19.30 uhr Versammlungsraum, Mehringhof

Samstag 26.9 Demo in Hoyerswerda, Treffpunkt Berlin 9.00uhr TU-Mathegebäude, demobeginn 14.00uhr Hoyerswerda

25-27.9 Internationale Waffenbörse im Kongresszentrum Alexanderplatz

Mittwoch,30.9. : Frauenabend im SOS
Kollwitzstr.64,Prenzelberg
SF
Film: Wahrheit macht frei



Veranstaltung

Jugoslawien

Soziale Bewegung



"Wir sind durstig, nackt und barfuß."
100.000 DemonstrantInnen in Sarajewo. 13.11.1991

Nationalismus


Kroaten-Präsident Tudjman. Serben-Präsident Milošević:
Böser Plan?

Krieg


Moslemische Flüchtlinge im zerstörten Mostar

Donnerstag 24.9., 19⁰⁰
Süd-Ost-Kulturzentrum
Großbeerenstr. 88
1000 Berlin 61
U-Bhf. Möckernbrücke

veranstaltet vom Süd-Ost-Kulturzentrum, dem Osteuropaarchiv im Papiertiger und autonomen Gruppen